Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 32 — 2. Jahrgang | Saarbrücken, Donnerstag, 8. Februar 1934 | Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Nacht des Bürgerkriegs Seite 2

Herren und Sklaven Seite 3

Defizit und Arbeitsbeschaffung Seite 4

Ehrenrechte statt Brot Seite 5

Saarkampf und Kulturkampf Seite 7

Die Republik schlägt zu

Der verunglückte Sturm gegen die französische Kammer
Kugeln gegen die randalierenden Faschisten — Tote und viele Verletzte

H. W. Dreimal hat Daladier am Dienstag bei seinem Auftreten vor der Kammer eine Mehrheit gefunden. Einmal mit 300 gegen 217 Stimmen, das andre Mal mit 302 gegen 204 Stimmen und das dritte Mal mit 360 gegen 220 Stimmen wurden Vertagungsanträge, mit denen die Vertrauensfrage für die Regierung verbunden war, angenommen. Der frühere Ministerpräsident Tardieu, Führer der Rechten, sprach von faschistischen Methoden, weil man die Kammer nicht reden lassen wolle. Er, der Antidemokrat, trat mit flammenden Worten für die Kammer des allgemeinen Wahlrechts ein. Es ist dasselbe Spiel mit denselben Worten, das wir aus Deutschland hinreichend kennen. Daß die Kommunisten die faschistischen Vorstöße der Rechten mit dem Ruf nach Sowjet-Frankreich und dem Gesang der Internationale begleiteten, rundet das Bild.

Daladiers Programm läßt sich wie folgt zusammenfassen: Autorität und Sparsamkeit des Staates, Säuberung der Beamtenschaft, Untersuchungsausschuß zur Ermittlung der vollen Wahrheit in der Stavisky-Affäre, Schutz des Sparkapitals, Ausgleich und Verabschiedung des Haushalts noch vor dem 31. März, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Belebung der Wirtschaft, nationale Verteidigung und Treue dem Völkerbund und den Verbündeten. Wink über den Rhein: „Der Friede ist ein Ideal. Es genügt nicht, dieses Ideal nur zu wünschen, sondern man muß es in ehrlicher Arbeit verwirklichen."

Bevor der Ministerpräsident an die Tätigkeit für die Verwirklichung dieser Programmforderungen herangehen kann, ist ihm aber noch eine Aufgabe, die dringlichste von allen, gestellt: er muß die Bewegung niederschlagen, die gewaltsame Aktionen gegen das parlametarische Regime unternimmt. Daladier hat sich zur Aufrechterhaltung der demokratischen Methoden bekannt und sich dahin ausgesprochen, daß Frankreich eines der wenigen freiheitlich regierten Länder bleiben will, die es in der Welt noch gibt.

Diesen Worten hat die Regierung durch die Staatswaffe blutigen Nachdruck verliehen. Seit Jahrzehnten, vielleicht seit den Kommunekämpfen im Frühling 1871 hat Paris einen solchen Tag nicht mehr erlebt. Es waren nicht nur Demonstranten, die gegen die Kammer vorrückten. Es waren Kämpfer, die der Polizei eine Straßenschlacht lieferten. Unter den zehntausenden Demonstranten müssen viele Bewaffnete gewesen sein, denn nicht nur die Zahl der verwundeten Zivilisten, sondern auch die der verletzten Polizeibeamten, von denen viele in Krankenhäuser eingeliefert werden mußten, ist groß. Eine Erklärung des Ministerpräsidenten spricht von einem „Gewaltstreich gegen das republikanische Regime" und beschuldigt die Kundgeber, mit Revolvern und Messern über die Polizei und die republikanische Garde hergefallen zu sein.

Die französische Regierung hat nicht nur zum Gegenschlag gegen verhetzte und aus mancherlei Geldquellen bewaffnete Banden ausgeholt, sie ist auch gewillt, die treibenden Hintermänner zu fassen. Sie beschloß ein Strafverfahren gegen Unbekannt wegen Aufhetzung zum Morde und zum Komplott gegen die Sicherheit des Staates einzuleiten. Nach einer nächtlichen Konferenz zwischen dem Justiz- und Innenminister und dem Generalstaatsanwalt wurde bekannt gegeben, daß der Direktor der royalistischen „Action francaise", Maurras, wegen Aufhetzung zum Morde angeklagt werden soll.

Das sind Zeichen starker Energie, die Wunder wirken kann, wenn sie durchhält und durchhalten kann sie nur, wenn sie von einer Regierung dauernder und wachsender Autorität getragen wird, also zugleich von einer geschlossenen Mehrheit der republikanischen und sozialistischen Linken. Die Hauptgefahr liegt nicht in den Straßenrevolten, sondern bei einer entschlußlosen Regierung und bei einer Kammermehrheit, die desertiert, wenn Forderungen an sie gestellt werden, die jeder für unvermeidlich hält, aber zu denen zu stehen vielen der Mut fehlt. Wir fühlen uns sehr wenig berufen, den französischen Sozialisten Ratschläge zu erteilen, aber der Wunsch ist wohl berechtigt, man möge in Paris recht eifrig und vorurteilsfrei die Geschichte der deutschen Parteien auf der Linken und in der Mitte des Deutschen Reichstags studieren.

„Deutschland ist nicht Italien," hieß bei uns das Trostwort. Die französische Demokratie hat gewiß viele Gründe, sich nicht mit der weiland deutschen Republik ohne Republikaner und ohne demokratische Tradition vergleichen zu lassen, aber die Entwicklung der letzten Jahre lehrt, daß die faschistische Diktatur in jedem Lande nach anderen Methoden zu modifizierten Verfassungszielen strebt. Ihrem Siege jedoch geht stets das Schwinden des Vertrauens der Volksmassen zur demokratischen Führerwahl voraus, und in der demagogischen Ausnutzung politischer Korruption, parteiischen Doktrinarismus und eines den Volksinstinkten sich entfremdenden Parlamentarismus sind die faschistischen Gruppen in allen Ländern Meister.

Von den Männern der Linken im Palais Bourbon müssen die Entschlüsse und die festen Fronten nach innen und nach außen kommen, gegen die der Faschismus französischer Prägung vergeblich anrennen wird. Die republikanische Garde vor der Kammer kann auf die Dauer die Massenbewegung, die von großem Ernste ist, nur niederhalten, wenn die französischen Deputierten der Linken in der Kammer als eine wohlgeordnete und disziplinierte Garde zur Erneuerung des französischen Staats- und Wirtschaftslebens zusammenstehen.

„Bewaffneter Anschlag"

Sagt Daladier

Paris, 7. Febr. Auf dem Place de la Concorde, vor der Kammer und den umliegenden Straßen kam es am Dienstagabend zu schweren Ausschreitungen, die sich allmählich zu einer Straßenschlacht entwickelten. Mitternachts wurden amtlich drei Tote, 200 verletzte Demonstranten und 90 verletzte Polizisten gemeldet. Verschiedentlich wurden auf den Straßen von den Demonstranten Kraftomnibusse angezündet. Auch im Marineministerium wurde mit Hilfe von Zeitungen ein Feuer angelegt, das jedoch von der Feuerwehr niedergekämpft werden konnte. Nach Schluß der Kammersitzung wurde ein Kabinettsrat abgehalten, der sich mit der Lage beschäftigte. In einer Erklärung an die Presse sagte Ministerpräsident Daladier, es sei der Beweis erbracht, daß es sich bei den Unruhen um einen bewaffneten Anschlag gegen die Sicherheit des Staates gehandelt habe. Auch die Kammersitzung verlief sehr stürmisch. Trotzdem konnte das Kabinett bei drei Abstimmungen über die Vertrauensfrage Mehrheiten von 300 gegen 217 bzw. 302 gegen 204 bzw. 360 gegen 220 Stimmen erreichen.

300 Verhaftungen in Paris

DNB. Paris, 7. Febr. Bei den Unruhen sind nach den letzten Angaben 300 Personen festgenommen worden.

600 Verletzte

Paris, 7. Febr. Nach der letzten von der Polizeipräfektur ausgegebenen Meldung sind bei den nächtlichen Kundgebungen 600 Personen verletzt worden. Die Zahl der Toten wird erneut mit sechs angegeben.

Wie „Le Jour" berichtet, wurde Herriot, als er am Dienstagabend das Kammergebäude verließ, von einer Gruppe von Manifestanten erkannt, sofort umringt und mit Faustschlägen und Fußtritten bearbeitet. Erst einige Augenblicke später konnte er von Polizeibeamten befreit werden.

Demonstrationen verboten!

Paris, 7. Febr. Die Straßenkundgebungen in Paris waren etwa gegen 1 Uhr morgens beendet. Als die Polizei auf den Place de la Concorde Schreckschüsse abgab, wurde ein amerikanisches Dienstmädchen am Kopf getroffen. Es war auf der Stelle tot. 300 Personen sind festgenommen worden. Der Polizeipräfekt von Paris hat alle Ansammlungen auf offener Straße verboten. Auch in der Provinz ist es in einigen Städten zu Ausschreitungen gekommen. Bisher sind Kundgebungen aus Nantes, Nancy, Marseille und sogar Algier gemeldet.

Anzeichen

Wenn auch vielleicht nur Gerüchte

Paris, 7. Febr. Der frühere Präsident der Republik Doumergue hat bekanntlich den Antrag des Staatschefs nach dem Rücktritt der Regierung Chautemps, die Regierungsbildung zu übernehmen, mit dem Hinweis auf sein hohes Alter abgelehnt. Das „Echo de Paris" behauptet, daß diese Version nicht zutreffe. Doumergue sei zur Uebernahme der Regierung bereit gewesen, aber er habe folgende zwei Bedingungen gestellt: 1. sofortige Auflösung der Kammer, 2. Abhaltung von Neuwahlen, aber erst in sechs Monaten. — Präsident Lebrun habe nicht geglaubt, diese Bedingungen annehmen zu können.

Geist und Bewegung

Zur Programmatik der kommenden deutschen Revolution

Im „Neuen Vorwärts" schreibt Max Klinger ein Vorwort zur Debatte über das von uns veröffentlichte revolutionär-sozialistische Programm. Klinger beschäftigt sich mit der geistigen Vorbereitung und Durchdringung des werdenden großen Umsturzes.

Unser Kampf muß in der Enthüllung des grauenvollen Unsinns der sogenannten nationalsozialistischen Theorie bestehen. Es wäre verständlich, wenn man diesem Unsinn gegenübertreten würde mit dem geistigen Hochmut des Denkenden, daß man eine Auseinandersetzung mit ihm abweisen würde mit der Erklärung: zwischen einem Menschen aus einem barbarischen Zeitalter und einem denkenden Menschen von heute gibt es keine Diskussionsbasis. Aber die Macht des Unsinns über die Gehirne erfordert Aufräumungsarbeit — auch wenn man dabei in den Müllhaufen der europäischen Zivilisation hineingreifen müßte.

Der geistige Kampf des Sozialismus ist immer ein Kampf um wissenschaftliches Denken gewesen, ein Kampf um Befreiung von allen Schlacken mittelalterlichen Denkens und allem Denkspuk. Der politisch-sozialen Revolution gegen Hitler muß eine neue geistige Revolution vorangehen, so wie der großen französischen Revolution die Denkarbeit der Voltaire und Rousseau vorangegangen ist. Es gilt wieder aufzuklären, Spuk zu bannen, reaktionäre Denkformen zu zerschlagen. Der Mensch muß gereinigt werden vom Wust des Rassenwahnes und vom Spuk des neuen Blutmythos. Das ist eine Arbeit, in der wissenschaftliches Denken gegen pseudowissenschaftliches Denken steht, ernste Forschung gegen wissenschaftliche Schundliteratur. Ohne die moralisch-geistige Verlotterung eines großen Teiles der deutschen Hochschullehrer hätten die aberwitzigen und barbarischen Lehren des Nationalsozialismus niemals mit solcher Kühnheit sich ans Tageslicht gewagt. Grauenhafte Geschichtsklitterungen, Fälschungen, Auslassungen, offenkundige Mißdeutungen und Verdrehungen auf allen Gebieten des Wissens, Vergewaltigung der Forschung und der Erkenntnis zu politischen Zwecken, Verleugnung jeder Ehrlichkeit des Denkens und der Erkenntnis — das ist heute das Bild der Wissenschaft in Deutschland. Der Kampf gegen den Faschismus erfordert deshalb die rücksichtsloseste Entlarvung und Brandmarkung dessen, was heute in Deutschland als Pseudowissenschaft lebt. Abermals wird die Arbeiterbewegung im Bunde mit der wahren Wissenschaft um die Wahrheit kämpfen!

Wenn größenwahnsinnige Narren uns den Gedanken der Humanität als ein Zerfallsprodukt einer untergehenden Welt hinstellen, wenn sie dagegen den ältesten Gruppen- und Sippenegoismus, der jeden, der nicht zur Gruppe gehört, totschlagen will, als glänzende Neugeburt des deutschen Geistes anpreisen und mit dem Begriff der Ehre etikettieren, so muß die Wissenschaft die barbarische Herkunft und die Stellung dieser Barbarei in der Geschichte der menschlichen Entwicklung aufzeigen, ihre Unvereinbarkeit mit den Ideen, die die moderne Kultur tragen, mit der Geisteswelt und der moralischen Gesinnung, die die großen Denker und Lehrer erfüllte, auf die der Nationalsozialismus sich fälschend beruft. Wenn das moderne Barbarentum, unfähig, durch geistige Anspannung Wege zur Ordnung des wirtschaftlichen Chaos zu finden, den Totschlag anderer Völker und den Raub predigt, wenn es zurückfällt in die Primitivität von Nomadenvölkern, die sich die Köpfe einschlagen um den Weideboden, so stellen wir ihm die große geistige Konzeption des Sozialismus entgegen, dessen Grundgedanke die geistige Ueberwindung des wirtschaftlichen Chaos, die Ueberwältigung blindwirkender Wirtschaftsgesetze durch den menschlichen Intellekt ist.

Aber es geht nicht nur um den geistigen Kampf im großen! Es muß der tägliche Kampf geführt werden gegen die täglichen Schamlosigkeiten sogenannter Wissenschaftler und Pseudowissenschaftler in Deutschland, die vor der Macht wie vor dem Unsinn auf dem Bauche rutschen und

um ihrer kläglichen, unmoralisch gewordenen Existenz willen sich in servilen Vergewaltigungen der Wahrheit und der Wissenschaft ergehen.

Wir bekennen: Wir haben die Macht des Unsinns unterschätzt, die schon lange unter der Oberfläche gewirkt hat. Wir sind zu hochmütig gewesen, wir haben die pseudowissenschaftlichen Theorien des Nationalsozialismus, wir haben die ganze Bewegung der Verfälschung des Denkens und der Wissenschaft auf allen Gebieten verächtlich beiseite geschoben nach dem Satze: mit dem Unsinn kann man nicht diskutieren. Aber wenn der Unsinn eine gesellschaftliche und politische Macht wird, so muß man den Kampf gegen ihn aufnehmen. Wir haben uns eins gefühlt mit allen großen Denkern der Vergangenheit, wir haben uns als Erben und Fortsetzer der großen Menschheitsbewegungen von der Zeit der Renaissance und des Humanismus über die große französische Revolution und die klassische deutsche Philosophie bis zum wissenschaftlichen Sozialismus gefühlt. Wir erkennen heute, daß die große geistige Leistung dieser Bewegung noch einmal wiederholt werden muß.

Wir fühlen uns darin eins mit allen kühnen fortschrittlichen Geistern der Gegenwart. Wie wir uns im Lager der Arbeiterschaft nicht sektenmäßig abschließen wollen, so auch im Lager des Geistes. Wer aufs tiefste die Schande und die Entwürdigung des deutschen Volkes durch den Ungeist des Barbarentums empfindet, wer den Kampf führt gegen den Einbruch eines zu blutigen Zwecken erfundenen Mythus in das Denken, wer mit uns an den menschlichen Verstand glaubt — das ist unser Bundesgenosse. Geist und Arbeiterbewegung gehören zusammen. Soll der deutsche Faschismus niedergerungen werden, so müssen sich die Klassenkräfte der Arbeiterschaft mit allen freien geistigen Kräften verbinden.

Es gilt den Kampf gegen den Einbruch der Vergangenheit, die wir schon überwunden geglaubt haben. Es sind keine neuen Ideen, die uns entgegentreten, es ist vielmehr ein Sieg geistig zurückgebliebener Schichten über geistig vorwärtsstrebende, es sind zusammengeleimte Fetzen aus Altertum und Mittelalter, es ist das Unvernünftige. Es ist ein Sichfallenlassen, ein Entlaufen aus geistiger Ehrlichkeit und Denkzucht, nicht Idee, sondern Wahn.

Diesem Wust und Schutt, dem blutig barbarischen Wahn stellen wir keine neuen, künstlich konstruierten Ideen gegenüber, sondern die großen und ewigen Ideen der Humanität, der Freiheit, der Menschenwürde, der Fortentwicklung des menschlichen Denkens, auf denen sich die sozialistische Ueberzeugung aufbaut. Mögen müdegewordene und erschrockene bürgerliche Philosophen im nationalsozialistischen Aberglauben Kräfte der Zukunft sehen, die nur mit neukonstruierten Ideen gebannt werden können, mögen sie Freiheit und Humanität für veraltete Ideen halten — zu welchem Zwecke sollte man sonst die Barbarei, den Machtwahn, den Rasse- und Blutmythus bekämpfen, wenn nicht aus dem Geiste der Humanität und der Freiheit?

Geist gegen Ungeist, Denken gegen Wahn, Humanität gegen Barbarei — auch das ist ein Kampfprogramm gegen den Faschismus!

Das Neueste

Der preußische Minister des Innern hat an die nachgeordneten Behörden einen Runderlaß gerichtet, in dem er ein Schreiben des Reichsinnenministers zur Kenntnis bringt. Die deutsche Ariergesetzgebung, so heißt es, sei aus völkischen und staatspolitischen Gründen notwendig. Eine Ueberschreitung der Grenzen der Ariergesetzgebung sei jedoch unzulässig.

In der elsässischen Garnison Morungen hat ein algerischer Unteroffizier einen in seiner Korporalschaft dienenden Landsmann nach dem Abendappell erschossen und dann sich selbst getötet. Bisher hat man keine Anhaltspunkte für die Ursache des Dramas.

Das Streikkomitee der Pariser Autodroschkenfahrer teilt mit, daß der Streik mit allen Mitteln bis zur restlosen Befriedigung der gestellten Forderungen durchgeführt werden würde.

Der Goldabfluß aus Frankreich nimmt zu. Am Dienstag sind neun Flugzeuge mit 11 220 Kilogramm Gold für Rechnung der Vereinigten Staaten nach London abgegangen. Weitere 6000 Kilogramm wurden durch Eisenbahnfracht abgeführt. Andererseits sind am gleichen Tage 4600 Kilogramm Gold im Flugzeug aus Holland angekommen.

„Nacht des Bürgerkriegs"

Das Schlachtfeld

300 Verletzte — 6 oder 29 Tote

DNB. Paris, 7. Febr. Gegen 3.30 Uhr früh teilte das Innenministerium mit, daß die Zahl der bei den nächtlichen Unruhen verletzten Personen etwa 300 betrage und die der Toten sechs. Diese amtlichen Ziffern sind durch die Ereignisse aber längst überholt. Wenn man die Behauptung der „Action Francaise", daß über 50 Tote zu verzeichnen seien, auch mit großer Vorsicht aufnehmen muß, so dürfte folgende Angabe des „Echo de Paris" der Wirklichkeit nahekommen. Um 2 Uhr morgens hat dieses Blatt gezählt: 20 Tote im Krankenhaus Bichat, sechs Tote im Krankenhaus Beaujon und drei Tote, die in Privatwohnungen untergebracht waren, insgesamt 29. Die Besprechungen im Innenministerium, die um 1.30 Uhr begannen, sind gegen 3.15 Uhr zu Ende gegangen. Die meisten Teilnehmer, darunter Ministerpräsident Daladier, lehnten es ab, der Presse irgendwelche Mitteilungen zu machen. Nur der Innenminister betonte, daß die Vertreter der öffentlichen Gewalt über alle Mittel verfügten, um die Unruhestifter niederzuhalten. Havas will erfahren haben, daß eine Verstärkung der Pariser Streitkräfte beschlossen worden sei, und daß eine gewisse Anzahl von Verhaftungen bevorstehe. Verschiedene Blätter, darunter das „Echo de Paris" und „L'Ordre" wollen berichten können, daß Ministerpräsident Daladier vom Präsidenten der Republik ein Dekret habe unterzeichnen lassen, das dem Innenminister die gesamte Polizeigewalt überträgt und außerdem die Zensur für extrem gerichtete Blätter vorsieht.

Nach der Straßenschlacht

Vor dem Parlament

DNB. Paris, 7. Febr. Eine Bilanz der schweren Unruhen, die gestern über Paris und das Land hereingebrochen sind, läßt sich noch nicht ziehen. Die Angaben über die Toten und Verletzten schwanken. Der sozialistische „Populaire" will 29 Tote, darunter mehrere Mitglieder der mobilen Garde, aufführen können. Der „Petit Parisien" spricht von 9 toten Zivilisten, das „Petit Journal" von 12 Toten, die um 1 Uhr früh gezählt worden seien, eine Ziffer, die man auch in der kommunistischen „Humanite" findet. Das „Echo de Paris" will um 1.30 Uhr vom Büro der Sicherheitspolizei gehört haben, daß bis zu diesem Zeitpunkt 10 Tote gemeldet worden seien, darunter fünf Manifestanten, vier Mitglieder der mobilen Garde und ein Offizier der republikanischen Garde.

Auch die Angaben über die Verletzten schwanken. Man kommt wohl der Wirklichkeit nahe, wenn man die Zahl der verletzten Polizisten auf etwas über 300 schätzt und die der Manifestanten auf 300—400. In die Krankenhäuser ist ein großer Teil Verletzter mit Revolver- und Maschinengewehrschüssen eingeliefert worden. Darunter befinden sich mehrere höhere Polizeibeamte und verschiedene Munizipalräte. Die Zahl der Schwerverletzten, deren Zustand zu Besorgnis Anlaß gibt, beträgt nach dem „Petit Parisien" gegen 100.

Die Polizei gibt die Zahl der Manifestanten, die sich auf dem Concordeplatz versammelt hatte, um gegen die Kammer vorzustoßen, mit 50 000 an. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß auch an vielen anderen Stellen der Stadt Menschenansammlungen stattgefunden haben, bekommt man einen ungefähren Eindruck von den Massen, die gestern auf die Straßen gezogen sind. Das polizeiliche Aufgebot war groß, hätte aber ohne Heranziehung starker militärischer Verbände nicht ausgereicht, um der Manifestanten Herr zu werden. Viele Tausende von Revolver- und Maschinengewehrschüssen sind namentlich auf dem Concordeplatz abgegeben worden. Mit blanker Waffe ging berittene Polizei, von Militär unterstützt, noch einmal kurz nach Mitternacht vor, um den Platz endgültig zu säubern. Die vielen z. T. grausigen Szenen, die sich allenthalben abspielten, wiederzugeben, würde Seiten und Seiten beanspruchen. Einige Parlamentarier, die von der Menge erkannt worden sind, wurden übel zugerichtet. So erging es dem bekannten Schokoladefabrikanten Senator Menier, der in schwerverletztem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Auch Herriot hätte, als er die Kammer verlassen wollte, fast das gleiche Schicksal erlitten.

Das Marineministerium hatten die Manifestanten versucht in Brand zu stecken, doch konnte der Brand im Keim erstickt werden. Das Innenministerium ist von zwei Kompanien besetzt worden. Ob die Regierung den Belagerungszustand verhängen wird, steht noch nicht fest. Um Mitternacht wurde im Innenministerium erklärt, daß die Lage eine derartige Maßnahme noch nicht rechtfertige.

Festzustellen bleibt, daß nicht nur die Hauptstadt, sondern auch die Provinz, wie die Meldungen aus sämtlichen größeren Städten beweisen, von dem Fieber erfaßt ist. Die Linkspresse beglückwünscht sich dazu, daß das faschistische Komplott niedergeschlagen sei, die Rechtspresse tobt gegen die Regierung und ein Teil der bürgerlichen Presse ist äußerst besorgt.

Im „Petit Bleu" wird die Lage wie folgt gekennzeichnet: Auf der einen Seite das Parlament — auf der anderen die Nation — die Trennung ist vollzogen. Man soll nicht von berufsmäßigen Agitatoren sprechen. Man muß schon die einmütigen Kundgebungen und die begeisterte Zustimmung der Menge miterlebt haben, um verstehen zu können. Paris hat dem Parlament seinen Willen zum Ausdruck gebracht. Paris speit auf die Parteien — es will eine nationale Regierung — eine Forderung, die von Blättern wie dem „Echo de Paris" und anderen wiederholt wird.

Die Auffassung der radikalsozialistischen Presse spiegelt sich wider in dem Kommentar der „Concorde": Jetzt handele es sich um eine Kraftprobe zwischen der republikanischen Regierung, ihrer Mehrheit und der gesamten Demokratie Frankreichs einerseits und den Elementen der Reaktion und Opposition andererseits. Die Republikaner würden nicht nachgeben. Blau gegen weiß? Das wäre nicht das erste Mal!

Das „Journal" berichtet, daß die Regierung nach den ersten ernsten Zusammenstößen gestern von einigen Kreisen ersucht worden sei, zurückzutreten, um die Beruhigung zu erleichtern, aber von anderen, und besonders den Sozialisten, aufgefordert worden sei, am Ruder zu bleiben, um die von Leon Blum als bedroht erklärte Verfassung zu verteidigen. Daladier habe sich für letzteres entschieden, als er im Laufe der Nacht eine Untersuchung wegen Anstiftung eines Komplottes habe einleiten und neue Truppenverstärkungen hat heranziehen lassen. Republikanische Verteidigung, Staatsgerichtshof, schreibt das Blatt, man wird um 30 Jahre zurückgeschraubt, die Geschichte be-

Die Schuld der Rechten

Paris, 7. Febr. Eine Nacht des Bürgerkriegs! Eine Nacht der aufständischen Meuterei! Mit diesen Ueberschriften versehen viele Blätter ihre Berichte über die schweren Pariser Unruhen, deren Ernst niemand verkennt und deren politische Auswirkungen aber niemand absehen kann. Von einer großen französischen Trauer sprechen die Blätter, die besonders bedauern, daß Franzosen das Blut ihrer Landsleute vergossen haben. Das Echo de Paris schreibt: Wir sind keineswegs Agitatoren oder gewalttätige Leute. Wir predigen die Ruhe, und wir wollen noch hoffen, daß nicht etwas geschieht, was nicht wiedergutzumachen ist. Deshalb wünschen wir, daß angesichts dieser Verletzten und Toten die einzige Karte, die Frankreich noch in der Hand hat, ausgespielt wird: die nationale Einigung. — In der „Victoire" ruft Gustave Herve der Regierung ein dreifaches „Mörder" zu. Nach dem Schmutz das Blut, schreibt das Blatt, das u. a. die Rufe verzeichnet, mit denen ein Teil der Manifestanten gestern gegen die Kammer anmarschierte: „An den Richtpfahl mit Daladier!" — Dieser arme Daladier, bemerkt Herve, erinnert trotz seines eigenwilligen Kinns an den kläglichen Ludwig XIV. Um die in der Kammer vor Angst schwitzenden Politiker zu schützen, haben die Truppen mit Maschinengewehren auf die Manifestanten geschossen. — „Figaro" fragt, ob der Präsident der Republik angesichts dieser Vorgänge stumm bleiben werde und ob er sich mit dieser Bürgerkriegspolitik solidarisieren wolle. Der sozialistische Populaire triumphiert, daß der Gewaltstreich der Faschisten gescheitert sei, und erklärt, die faschistische Reaktion werde niemals siegen.

„Oeuvre" schreibt, das französische Volk ist noch nicht für die Konzentrationslager nach deutschem Muster. Es weiß die Freiheit zu schützen. Es wird sich nicht damit einverstanden erklären, daß man es seiner Rechte beraubt. Die Kammer hat durch eine starke Mehrheit der Regierung Daladier-Frot das Vertrauen hinsichtlich der Verteidigung dieser Rechte und Freiheiten ausgedrückt. Es ist nicht zweifelhaft, daß nach diesem dramatischen Tage die Republikaner für einige Zeit ihre Streitigkeiten vergessen werden, damit die für die Regierung Verantwortlichen bis zum Schlusse ihre Aufgabe erfüllen können, die darin besteht, die französische Kollektivität gegen den Wirrwar zu schützen. — „Ere Nouvelle", das Blatt Herriots, spricht von einer durch die Rechtsparteien provozierten blutigen Meuterei. Das Blatt, das die Erklärung des Ministerpräsidenten, das Regime zu schützen, begrüßt, findet es nicht geschmacklos, hinter den gestrigen Unruhen auch die Hand Deutschlands erblicken zu wollen. Alle diese berufsmäßigen Agitatoren befürworten eine merkwürdige Mischung von haarsträubendem Patriotismus und Bewunderung für den Nationalsozialismus. Die eingeleitete Untersuchung wird zeigen, inwieweit sie von der Intrige unabhängig sind, die Hitler in allen europäischen Hauptstädten inszeniert.

Rüstung - Völkerbund - Oesterreich

Zur Simon-Rede • Völkerbundsrat und österreichische Frage

London, 6. Febr. Der britische Außenminister Sir John Simon führte im Unterhause u. a. aus:

Die Erörterungen der letzten Zeit haben klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß der Schlüssel für eine Abrüstungsvereinbarung — wenigstens soweit Westeuropa in Betracht kommt — in einer Uebereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich liegt. Es würde aber, so betont der englische Außenminister, ein großer Fehler sein, wollte man aus dieser Tatsache den Schluß ziehen, daß eine Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland am besten dadurch erreicht wird, wenn man es diesen beiden Ländern überläßt, eine solche Vereinbarung unter sich ohne irgendwelche Unterstützung ausfindig zu machen.

Simon stellte in seiner Unterhausrede fest, „daß man sich Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung der Rüstungen nicht widersetzen kann und darf, weil wenig Wahrscheinlichkeit auf Frieden in der Welt besteht, wenn man versucht, ein großes Land und eine große Rasse unter eine minderwertige Jurisdiktion zu setzen". Diese Frage, so fuhr der Redner fort, müsse in dem neuen Abkommen enthalten sein. Desgleichen könne keine Lösung gefunden werden auf einer Grundlage, daß alle Nationen in der ganzen Welt sofort alle Waffen aufgeben, die Deutschland unter dem Vertrag von Versailles vorenthalten seien. **Wenn nicht bald Vereinbarungen zustandekämen, und Großbritannien in einer Welt unbeschränkter Rüstungen leben müsse, so werde Großbritannien seine Rüstungslage überprüfen müssen.** Simon kam dann auf die verschiedenen Standpunkte Deutschlands und Frankreichs zu sprechen und erklärte, man müsse beide Seiten in Erwägung ziehen. Das englische Weißbuch sei nicht als idealer Plan unterbreitet worden ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse, Ansprüche oder Besorgnisse anderer. Es entspringe dem Geist des Realismus. **Die Zeit arbeite gegen die Freunde der Abrüstung.**

Simon unterstrich im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, daß jedes neue Abkommen ein gewisses Wiederaufrüsten von seiten Deutschlands ins Augen fassen müsse, **aber die britische Regierung würde mit Widerstreben eine Regelung in Betracht ziehen, die Gleichberechtigung ohne irgendwelche Abrüstung in irgendeinem Teile der Welt vorsehe.** Großbritannien gebe keine neue Bindungen ein, werde jedoch sein Aeußerstes tun, um alle Verpflichtungen getreu zu erfüllen, die es eingegangen sei. **Es würde eine unentrinnbare Pflicht der Unterzeichner des Abkommens bestehen, in engste Fühlung zu treten und alles zu tun, um jede Verletzung eines so wichtigen Vertrages zu verhindern oder wiedergutzumachen.**

Entschlüsse des Völkerbundes?

Paris, 7. Febr. Der Außenpolitiker des „Petit Parisien" glaubt ankündigen zu können, daß England sich nunmehr für den österreichischen Appell an den Völkerbund entschieden habe und daß bereits ein Meinungsaustausch zwischen England, Frankreich und Italien darüber stattfinde. Es gelte, die Autorität des Völkerbundes zu wahren. Das Blatt bezeichnet die England zugeschriebene Absicht, einen dreiköpfigen Ausschuß zur Reglung der deutsch-österreichischen Frage zu bilden, als irreführend und hält es für wahrscheinlich, daß man eine Entschließung ausarbeitet, die der Völkerbund einstimmig anzunehmen hätte. Diese Entschließung würde feierlich die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit Oesterreichs betonen. Die Reichsregierung würde es nicht ablehnen können, diese Entschließung zu unterzeichnen, andernfalls ihre Annexionsabsichten als bewiesen angenommen werden müßten. Deutschland würde sich also vor einer besonders ernsten Warnung befinden, die es nicht in den Wind schlagen könne, denn einmal würde seine Haltung die einmütige Mißbilligung der Welt finden, und dann würde man die im Falle eines Angriffs, einer Angriffsdrohung oder Gefahr vorgesehenen Maßnahmen in Kraft setzen.

*

Der Berliner österreichische Gesandte Tauschitz, der ursprünglich einen längeren Urlaub in seiner Kärntner Heimat verbringen wollte, begab sich im Hinblick auf die gesamtpolitische Lage bereits am Dienstagabend auf seinen Berliner Posten zurück.

„Deutschland — wohin?"

Die große Frage

In England wurde ein Film hergestellt — „Deutschland — wohin?" — der das Anwachsen des **deutschen Militärismus, die Aufstachelung des Kriegsgeistes** durch das Hitler-Regime, die wachsende Weltgefahr in krassen Tatsachenbildern zeigt. Trotz deutscher Proteste wird der Film, der bisher nur vor Mitgliedern des Ober- und Unterhauses lief, **demnächst der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden.**

Dr. Richard Kern

Herren und Sklaven

Die gelbe Fratze der deutschen Diktatur

Dieses neue deutsche Arbeitsgesetz ist nur in diesem Deutschland möglich! Selbst das faschistische Italien hat bis heute noch nicht eine so völlige, schamlose Entrechtung und Vergewaltigung der Arbeiter gewagt. Mussolini hat zunächst die Gewerkschaften bestehen lassen, sie in Zwangsorganisationen verwandelt, sie gewaltsam unter die Leitung faschistischer Beauftragter gestellt, die Koalitions- und Streikfreiheit beseitigt. Aber ein Rest von Betätigungsmöglichkeit, schwache Versuche, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beeinflussen, blieben erhalten. Selbst jetzt werden bei dem Aufbau des italienischen Korporationssystems zwar die früher getrennten Arbeiter- und Unternehmerverbände in Einheitskorporationen zusammengelegt. In diesem überwiegt noch mehr als früher die autoritäre Leitung durch die faschistische Partei und der Unternehmerstandpunkt. Aber diese Korporationen können doch gemeinsame und dann auch verpflichtende Beschlüsse über Arbeitszeit, Lohnhöhe, kurz über den Inhalt des Arbeitsvertrages fassen.

In Deutschland aber ist jetzt auch jeder Schein einer Mitwirkung des Arbeiters an der Gestaltung seines Lebensschicksals ausgerottet, dort wird der Arbeiter von der nationalsozialistischen Diktatur nicht im übertragenen, sondern im grausamsten Sinne des Wortes in einen rechtlosen Sklaven verwandelt.

Der tatsächliche Zustand der Zeit des Frühkapitalismus vor den Anfängen der Arbeiterbewegung, der tatsächliche Zustand des japanischen Arbeiters und des chinesischen Kulis ist zum deutschen Rechtszustand geworden. Und dazu wurden die deutschen Arbeiter zu großartigen Dankfeiern für den Führer getrieben!

Arbeiterorganisationen gibt es nicht mehr, die auf den Inhalt des Arbeitsvertrages auch nur den geringsten Einfluß ausüben dürfen.

Aber auch der sogenannte freie Arbeitsvertrag existiert nicht mehr.

Welch vernichtende Kritik ist im Beginn der Arbeiterbewegung an diesem kapitalistischen Schlagwort geübt worden! Nicht nur von Sozialisten, von allen bürgerlichen Sozialreformern wurde der Schwindel dieser „Freiheit" von Vertragsparteien nachgewiesen, von denen die eine — die Arbeiter — um jeden Preis ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, sollen sie nicht Hungers sterben, während die andere — der Kapitalist — Alleinbesitzer der Produktionsmittel, die Bedingungen diktiert. **Erst durch die Organisation**, durch die Vereinigung der atomisierten, vereinzelten Verkäufer der Arbeitskraft in der kämpfenden Gewerkschaft sind die Voraussetzungen geschaffen, in der kapitalistischen Gesellschaft eine Besserung der Lebenshaltung zu erringen, wird die Arbeiterschaft instand gesetzt, die Gestaltung ihres Lebensschicksals mitzubestimmen.

Das nationalsozialistische Arbeitsrecht beseitigt nicht nur restlos alle so mühsam erkämpften Errungenschaften der modernen Arbeiterbewegung, es beseitigt sogar den „freien Arbeitsvertrag", es geht hinter das einseitige frühkapitalistische Recht noch zurück.

Der Unternehmer wird „Führer", die Arbeiterschaft seine „Gefolgschaft". Die Heeresorganisation der germanischen Horden, wie sie sich die nationalsozialistischen Geschichtsforscher nun einmal vorstellen, wird auf die moderneste soziale Struktur übertragen — eine wahrhaft barbarische Restauration! Daß der germanische Kriegshäuptling von dem Stamm gewählt wurde, der kapitalistische Unternehmer kraft kapitalistischen Erbrechts die „Führung" inne hat, ist für Nationalsozialisten ein zu vernachlässigendes Detail . . .

In den nüchteren kapitalistischen Verhältnissen wird der „Führer" zum „Herrn im Hause" — zum unbeschränkten Herrn, zum absoluten Herrscher.

Sein Feld ist der Betrieb. Er verkündet die Lohnhöhe und die Dauer der Arbeitszeit. Praktisch mag er in diesen Verlautbarungen zunächst noch an die alten — aus der bösen marxistischen Zeit stammenden — Tarifverträge gebunden sein, die im wesentlichen bis April 1934 bestehen bleiben sollen. Aber diese Verträge sind zum Absterben verurteilt schon aus dem einfachen Grunde, weil es keine Tarifparteien mehr gibt und weil die Treuhänder, die künftig allein und selbstherrlich die von den Unternehmern festgesetzten Lohn- und Arbeitsbestimmungen schänden können, gar nicht Reglungen für ganze Berufs- und Wirtschaftszweige treffen werden, sondern den Einzelbetrieb berücksichtigen sollen. Das mag Wahnsinn sein, es mag sogar dem kapitalistischen Allgemeininteresse widersprechen, das Gleichheit der Konkurrenzbestimmungen fordert, aber ist es die Methode des nationalsozialistischen Arbeitsrechts.

Die völlige Entrechtung des Arbeiters wird noch verschärft durch den elenden Hohn, mit dem das herrschende Gesindel seinen infamen Anschlag gegen die Arbeiterherrschaft begleitet. Der „Betriebsführer ist entscheidend in allen betrieblichen Angelegenheiten" heißts kurz und beißend klar im neuen Recht. Und die Gefolgschaft? Sie hat dem „Führer die Treue zu halten". Der Kapitalismus hat alles auf die bare Zahlung gestellt, der Unternehmer entläßt je nach den Wechselfällen der Konjunktur seine Arbeiter und gibt sie dem Elend der Arbeitslosigkeit preis, die ältesten, „treuesten" oft zuerst. So wirds natürlich bleiben, aber die Arbeiter haben „Treue zu halten". Auch die aufs Pflaster Geworfenen, und wie macht der Arbeitslose das?

Aber übertreiben wir nicht. Entsprechen der Treuepflicht nicht auch die Rechte? In der Tat! Die marxistischen Betriebsräte sind zwar beseitigt. Aber es gibt — für Betriebe über 20 Arbeiter — einen Vertrauensrat, der ein Jahr lang amtiert. Die Liste aber für diesen Vertrauensrat wird im Einvernehmen mit dem NSBO.-Leiter vom Unternehmer aufgestellt. Die Gefolgschaft kann diese Liste nur en bloc annehmen oder ablehnen. Im Fall der Ablehnung entscheidet aber — der Treuhänder! Der Unternehmer beruft die Sitzungen nach freiem Ermessen ein und führt den Vorsitz; auf Verlangen der Hälfte des Vertrauensrats muß eine Sitzung stattfinden. Der Vertrauensrat kann unverbindliche Aeußerungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Betriebsschutzes geben. Doch unabhängig davon erläßt der Unternehmer seine Anordnungen über Löhne und Gehälter, Arbeitszeit, Arbeitsordnung, Pausen, bestimmt die Gründe für fristlose Entlassung und setzt die Bußen für Uebertretungen seiner Arbeitsordnung fest. Er spricht die Entlassungen aus, und nur bei größeren Entlassungen soll er eine monatliche Kündigungsfrist einhalten.

Jedoch die entrechteten Arbeiter kriegen noch etwas — das Ehrengericht.

Zuerst raubt man ihnen die Freiheit, die sie selbst in allen anderen kapitalistischen Staaten haben und damit die „Ehre des freien Mannes", und dann gibt man ihnen das Ehrengericht! Halt! Man gibt es nicht den Arbeitern allein, sondern auch den Unternehmern. Der kann gegen Betriebsangehörige wegen „böswilliger Hetze" oder unbegründeter Beschwerden (auch der Vertrauensratsmitglieder) Beschwerde beim Treuhänder erheben, der die Ueberweisung an das Ehrengericht beschließen kann. Die Arbeiter können wegen „Ausnutzung der Arbeitskraft" oder Ehrenkränkung sich ebenfalls an den Treuhänder wenden und die Ueberweisung an das „Ehrengericht" beantragen. Seiner Willkür sind sie völlig überliefert.

Der Treuhänder, dieses wichtigste Organ der nationalsozialistischen Diktatur über die Sozialwirtschaft, hat letztlich in allen Fragen der Arbeitsordnung formell das letzte Wort. Er kann die Vorschriften des Unternehmers abändern, kann, wenn für eine Gruppe von Betrieben eine Tarifordnung „zwingend geboten" ist (also nur dann!), eine solche erlassen, und kann bei Massenentlassungen Kurzarbeit oder eine Kündigungsfrist von zwei Monaten festsetzen. Da von der Diktatur nur verläßliche Vertrauensmänner der Unternehmer zu Treuhändern ernannt werden, bedeutet seine Oberherrschaft nur die Befestigung und Stabilisierung der Herrschaft des Unternehmers im eigenen Haus, zugleich mit der Unterstellung des einzelnen Unternehmers unter die Herrschaft der Diktatur.

Vier Elemente, innig gesellt, sind notwendig, um dieses edle Gebräu zu ergeben

Das grundlegende Element ist die Gesinnung des Gelben. Hitler ist nicht wie Mussolini oder andere ein Abtrünniger der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. Er war von Anfang an ihr bornierter Feind, ihr Hasser, und stand abseits an dem Platz der Verachteten. Hitler war ein Gelber, ein Unorganisierter, ein Asozialer. Seine Selbstbiografie atmet den Haß gegen die Gewerkschaften. Es ist die gelbe Fratze, die uns aus dem nationalsozialistischen Arbeitsrecht entgegengrinst, die Fratze des Verräters seiner Genossen.

Das zweite Element ist der Haß des kleinen Handwerkers und des kleinen Kapitalisten gegen die Sozialpolitik. Es ist bezeichnend, daß selbst die elende Scheinvertretung des Vertrauensrats nur für Betriebe über 20 Mann gilt. Sind überhaupt Grade der Entrechtung zu unterscheiden, dann ist die Entrechtung in den Kleinbetrieben am größten. Je kleiner das Haus, desto größer der Herr! Der kleinbürgerliche Charakter der nationalsozialistischen Diktatur offenbart auch hier wieder sein Wesen.

Das dritte Element ist die Herrschsucht der großkapitalistischen schwerindustriellen Bande,

die mit Hitler im Bunde ist, den sie dafür subventioniert hat, daß er die Gewerkschaften zerschlägt, daß er die Arbeiter knebelt, daß er das Ideal des Thyssen: Herr im eigenen Hause zu sein und nicht mehr mit den Gewerkschaften verhandeln zu müssen, endlich verwirklicht.

Das vierte Element schließlich ist der infernalische Haß gegen die Arbeiter,

der von je einen so großen Teil der deutschen Spießbürger erfüllt, die reaktionäre Rückständigkeit der Intellektuellen und Mittelschichten, die niederträchtige Wollust an der Unterdrückung dieser Arbeiter, die sich — nur allzu sanft — gegen diese Gesellschaft der Gewaltanbetung, Staatsvergottung und des kriegerischen Nationalismus erhoben hatten. — Es ist kein Wunder, daß in Deutschland ein elender Gelber zum Diktator geworden ist.

Aber sie sind weit gegangen, weiter als irgend ein anderes Gewaltsystem! Und sie verüben ihr Verbrechen in dem Lande mit der stärksten und aufgeklärtesten Industriearbeiterschaft der Welt! Es mag länger oder kürzer dauern, an diesem Widerspruch müssen sie zugrunde gehen!

Die Fäuste der „Gefolgschaft"

Abonniert die „Deutsche Freiheit"

Faschistischer Tadel

„Mittelalterliches Feudalwesen"

Der „Corriere Padano", der in Italien allgemein als das Blatt Balbos gilt, berichtet am 24. Januar seinen Lesern über das deutsche Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit.

Die Entrechtung der deutschen Arbeiter sei jetzt vollkommen, meint das Blatt: „Der Geist der neuen Betriebsordnung entspricht dem mittelalterlichen Feudalwesen". Die Begriffe „Treuverhältnis" und „soziale Ehre", auf denen der deutsche Nationalsozialismus das neue Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufbauen wolle, stammten aus der Vorstellungswelt der Lehnsherren und ihrer Vasallen.

Wenn der italienische Faschismus über die Alpen blickt, kommt er sich nicht nur menschlich, sondern auch sozial vor. Wollen die Nazis dem deutschen Volk und der Welt imponieren, so rühmen sie sich der Freundschaft ihres großen Vorbildes. Der italienische Faschismus aber legt Wert darauf, von dem eigenen Volk und der übrigen Welt von Hitler abzurücken.

Defizit und Schulden wachsen

Amtlich: Reichseinnahmen und -ausgaben im Dezember

Berlin, 6. Febr. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betrugen im Dezember 1933 (Angaben in Millionen Reichsmark) im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 561,6 (im November 489,6) und die Ausgaben 589,9 (471,3); mithin ergibt sich für Dezember eine Mehrausgabe von 28,3 (im Vormonat Mehreinnahme von 18,3). Da die Einnahmen in den Monaten April bis Dezember 4527,7 und die Ausgaben im gleichen Zeitraum 4364,8 betragen haben, ergibt sich für Ende Dezember eine Mehreinnahme von 162,9 (für Ende November eine solche von 191,2). Der aus dem Vorjahr übernommene Fehlbetrag von 1654,6 vermindert sich um die vorgesehene Schuldentilgung von 75,0 auf 1579,6. Unter Berücksichtigung dieses Fehlbetrages stellt sich das Defizit Ende Dezember 1933 auf 1416,7 (1396,7) Ende November. Im außerordentlichen Haushalt wurden im Dezember 2,1 (1,6) verausgabt, seit Beginn des Rechnungsjahres 16,9, während Einnahmen wiederum nicht ausgewiesen werden. Der vom letzten Rechnungsjahr her vorhandene Bestand von 37,1 vermindert sich daher auf 20,2. Für beide Haushalte einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbeträge bzw. Bestände errechnet sich für Ende Dezember 1933 ein Fehlbetrag von 1396,5 (Ende November 1374,4). Der Kassensollbestand des Reiches belief sich am 31. Dezember 1933 auf 1746,0 (30. November 1696); davon sind 1716,0 (1688,0) verwendet worden. Es war daher Ende Dezember bei der Reichshauptkasse und den Außenkassen ein Bestand von 30,0 (8,0) vorhanden.

Die auf Reichsmark (Goldmark) lautende Reichsschuld belief sich am 31. Dezember 1933 auf 8380,4 gegenüber 7684,2 am 30. September 1933, darunter 1043,8 (1043,2) Reichsschuldbuchforderungen auf Grund des Kriegsschädenschlußgesetzes, 3644,2 (3793,0) Anleiheablösungsschuld des Reiches mit Auslosungsrechten, 616,5 (632,7) Anleiheablösungsschuld des Reiches ohne Auslosungsrechte, 408,8 (408,9) Rentenbankdarlehen und 177,4 (178,5) Schuld bei der Reichsbank. Das auf fremde Währungen lautende Schuldkapital stellte sich am 31. Dezember auf 1900,0 (2579,5), so daß die gesamte Reichsschuld mit 10 280,5 (10 263,7) ausgewiesen wird.

Die schwebende Schuld belief sich am 30. Dezember auf 2032,6 gegen 2051,9 am 30. November 1933. Von Steuergutscheinen waren an den gleichen Zeiträumen 1215,2 bzw. 1148,1 im Umlauf.

Die „Arbeitsbeschaffung" vor dem Zusammenbruch

Aus dem Reich wird uns geschrieben:

Was hat bis jetzt die „Arbeitsbeschaffung", die den Unternehmern fette Geschenke und den Arbeitern immer magereren, sinkenden Lohn brachte, gekostet? Wie groß sind die Schulden der sogenannten „Arbeitsschlacht"? Bisher tat man so, als könnte man aus dem Vollen schöpfen, als wären die Hilfsquellen unversiegbar. Aber die Schwierigkeiten beginnen zu wachsen. Die Arbeitsbeschaffungswechsel, die bisher zum größten Teil in den Portefeuilles der Banken ruhten, strömen in größeren Massen zu der Reichsbank.

Am 1. April 1934 werden die ersten Steuergutscheine, die als Subventionen an die Kapitalisten so reichlich gespendet wurden, an die Steuerkassen zurückfließen. Das Reich wird statt Geld wertlose Papiere einnehmen. Gleichzeitig werden die Wechsel der Reichspost und der Reichsbahn, die sie für zusätzliche Arbeitsbeschaffung trotz sinkender Einnahmen ausstellten, bei der Reichsbank präsentiert werden.

Zwar tut man so, als hätte man allen Grund zum Optimismus, aber der Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk lüftet ein wenig das Lügengewebe. Dahinter sieht die dunkle Wirklichkeit ganz anders aus, als die siegestrunkenen Phrasen glauben lassen wollen.

Die finanzielle Vorausbelastung allein des Reichs beläuft sich für die kommenden 5 Jahre schon jetzt auf 4 Milliarden Mark. Diese 4 Milliarden aber sind nur ein Teil der Ausgaben für die „Arbeitsschlacht". Die Aufwendungen der Länder und Städte für die „Arbeitsbeschaffung" haben ihre Schuldenlast weiter vermehrt.

Wo aber sind die Gelder, die man als Arbeitsbeschaffungsspenden aus den Arbeitern und Angestellten herauspreßte? Wo sind die Einnahmen aus den Arbeitsbeschaffungs-Losen?

Es sind aber außerdem noch große Zuschüsse aus Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung gewährt worden.

Sogar, wenn wir die Milchmädchen-Rechnung der Hitlerregierung als wahr unterstellten, wenn wir wirklich annehmen würden, daß es 1933 das ganze Jahr hindurch zwei Millionen Arbeitslose weniger waren, auch dann würde jeder neu eingestellte Arbeiter jährlich 2000 Mark ohne die Zinsen kosten. Schwerarbeiter mit 30 Pfg. Tageslohn, in Kasernen-Schlafsälen untergebracht, die mit Kartoffeln und Bohnen gefüttert werden, belasten eingestandenermaßen die Steuerzahler mit 2000 Mark jährlich. In Wirklichkeit ist die Belastung viel höher. Wir wissen, daß die Aufwendungen die eingestandenen 4 Milliarden weit überstiegen, wir wissen auch, durch welche Rechnungskünste die Arbeitslosenzahl fiel. Heute werden zum Beispiel die Arbeitsdienstpflichtigen und die Notstandsarbeiter, die früher als Arbeitslose galten, als in Arbeit Stehende gerechnet. So werden die Kosten vielleicht doppelt so hoch. Man kann sich nicht ausrechnen, welch fette Happen den „Führern" zufielen.

Von wo aber wird man weitere Beute nehmen? Dr. Friedrichs, Vorstandsmitglied der Deutschen Bau- und Bodenbank, erklärt zwar im „Bank-Archiv", daß aus dem Papen-, Sofort- und Reinhardt-Programm und aus den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichspost und Reichsbahn bedeutende Mittel zur Verfügung stehen. Nur stehen sie auf dem Papier. Wechsel, die niemand nehmen will, sind wertloses Papier.

Man beschäftigt sich also jetzt mit der Frage, wie man die alten Wechsel und Steuergutscheine in langfristige Anleihen umwandeln könnte. So gäbe man natürlich dem „raffenden Kapital" zu verdienen, und verschärfte noch auf diese Weise die böse Zinsknechtschaft.

Wie aber Mittel für die weitere „Arbeitsbeschaffung" herbeizaubern? Der Zusammenbruch wird kaum aufzuhalten sein. Schon jetzt mußten aus Geldmangel 14 000 junge Leute, die sich zum freiwilligen Arbeitsdienst meldeten, zurückgewiesen werden. Ein offenes Eingeständnis der Pleite, die bald über den „Arbeitsbeschaffungs"-Schwindel herrschen wird.

Aufwärts!

Lebensmittelpreise

Waren und Mengen		Preise in RM. Dez. 1932	Dez. 1933
Roggen, Berlin	1 t	153,60	150,00
Weizen, Berlin	1 t	188,70	190,60
Kartoffeln, rote, Berlin	50 kg	1,32	1,54
Zucker, Magdeburg	50 kg	20,26	20,32
Kühe, Berlin	50 kg	21,60	24,00
Schweine, 100—200 kg, Bln.	50 kg	38,40	47,30
Butter Ia, Berlin	100 kg	216,54	252,00
Speck, Berlin	100 kg	130,50	182,00
Margarine	50 kg	46,00	68,67

Mitgeteilt: „Deutsche Volkswirtschaft" 3.

Abwärts!

Deutscher Außenhandel mit Frankreich

Januar — September

In Millionen Mark	1933	1932	Rückgang in v. H.
Einfuhr	132,2	138,9	4,8
Ausfuhr	297,1	368,6	19,4
Ausfuhrüberschuß	164,9	229,7	28,2

Von der siegreichen Arbeitsschlacht

Aus dem offiziellen Bericht der Städt. Straßenbahnen Münchens: „Infolge der weiter andauernden Wirtschaftskrise war es nicht mehr möglich, den Zeitkartentarif aufrechtzuerhalten."

Die preußischen Sparkassen

Gegenüber dem Vormonat stiegen im Dezember die Einzahlungen auf RM. 263,9 (258,9) Mill., die Rückzahlungen auf 254,8 (225,3) Mill., so daß sich nur ein Ueberschuß von 9,1 (33,6) Mill. ergab. Das Weihnachtsfest bedingt stets größere Rückzahlungen, so daß in den vorangegangenen drei Jahren der Dezember ein Minus brachte. Der Gesamtbestand erhöhte sich durch 51,6 Mill. Zinsgutschriften und 26,1 Mill. Aufwertungsgutschriften auf 6 476,2 Mill. Die Girocinlagen sanken um 7,3 Mill.

Aerzte, Aerztinnen Krankenkassen

Keine Ausschaltung der Frauen

Aus Berlin wird berichtet:

Bei den zuständigen Stellen sind immer wieder Gerüchte vorgebracht worden, wonach eine *Ausschaltung der Frauen* aus der kassenärztlichen Tätigkeit oder sogar aus dem medizinischen Studium überhaupt geplant wäre. Der Führer der Deutschen Aerzte, Dr. Wagner, nimmt zu dieser Angelegenheit Stellung in einer Bekanntmachung, in der es heißt, daß die Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium und ihre ärztliche Approbation Sache der maßgebenden amtlichen Stellen sei. Bei der Zulassung zur Kassenpraxis sei allgemein vorgesehen, daß die Kassenzulassung *ruhe*, wenn der betreffende Arzt oder die betreffende Aerztin oder deren Ehegatte ein *anderweitiges Einkommen* von mindestens 500 RM. hätten. *Für Aerztinnen sei also keinerlei Sonderregelung beabsichtigt.* Bei Neuzulassungen zur Kassenpraxis sollten aus bevölkerungspolitischen Gründen in erster Linie *verheiratete* Bewerber zugelassen werden und hier wieder diejenigen mit *Kindern* den Vorzug erhalten. Von einer beabsichtigten Ausschaltung der Frauen von jeder ärztlichen Tätigkeit könne also *keine Rede sein.* Es handele sich vielmehr um Maßnahmen, die für jeden Nationalsozialisten selbstverständlich seien.

Neuer Gewerkschaftsspruch

In Delitzsch fand eine Weihnachtsfeier der Buchdrucker statt unter der Devise: „In der Entbehrung liegt der Genuß". Die Feier war so schlecht besucht, daß sie mit starker Verspätung erst beginnen konnte.

Hungernde Heimarbeiterinnen

Die Fabrikanten von Papierzigarrenspitzen, die in Heimindustrie hergestellt werden, beklagen sich darüber, daß der Preis für 1000 Spitzen, durch Unterbietungen von 8 Mk. auf 6 Mk. und weniger herabgedrückt wurde. In einzelnen Städten kosten 1000 Stück überhaupt nur 5 Mk. Die Heimarbeiterinnen, es sind zirka 2000 Personen in dieser Industrie beschäftigt, kommen auf einen Stundenlohn von 20 Pfg. Das ist der Höchstverdienst! Durchschnitt beträgt 7—8 Mk. die Woche. — Unsere Zahlen und Daten entstammen einem gleichgeschalteten Blatt.

Verworrener „Sozialismus"

Krieg gegen den „deutschen Volkswirt"

Ueber die Verstaatlichung der Banken hatte der „Deutsche Volkswirt" geschrieben: „Was allerdings in der Welt der wirtschaftlichen Formen echt nationalsozialistisch ist, darüber gehen die Meinungen offenbar auseinander. Den bloßen Schrei nach der Verstaatlichung haben wir auch im alten System und schon lange vorher, vor allem vom Marxismus und Kommunismus, reichlich und oft gehört . . . Man wird überhaupt bei verschiedenem, was man über die eine oder andere wirtschaftliche und soziale Frage hört oder liest, wieder an Töne und Redensarten erinnert, wie sie in den verflossenen Zeiten des Klassenkampfes beliebt waren, besonders von rein auf Kritik und Verneinung eingestellten Intellektuellen, die aber doch noch nicht völlig ausgestorben oder ausgewandert sind, sondern wenigstens vereinzelt einen neuen Betätigungskreis gefunden zu haben scheinen. Wir selbst gehen — das haben wir immer wieder ausgesprochen — mit den maßgeblichen Männern des Nationalsozialismus eins in dem Verlangen nach der Durchführung eines wahren deutschen Sozialismus im Geiste Adolf Hitlers."

Darauf antwortet in der nazischen „Deutschen Volkswirtschaft" das MdR. Dr. Hunke: „Das ist alles, was der „Deutsche Volkswirt" über die Verstaatlichung der Banken zu sagen hat. Wir setzen diese geistfunkelnden Argumente hierher, um sie unseren Lesern nicht vorzuenthalten. Es mag jeder selbst entscheiden, ob diese Zeilen sachlich und überzeugend geschrieben wurden. Wir freuen uns, daß auch die Vertreter der anderen Seite mit den maßgeblichen Männern des Nationalsozialismus eins sind in der Durchführung eines wahren deutschen Sozialismus im Geiste Adolf Hitlers. Ob die Herren das allerdings immer wieder ausgesprochen haben, wie sie meinen, wäre einer besonderen Untersuchung wert. Bei dem 10jährigen Kampf für die Durchsetzung der Idee Adolf Hitlers haben wir sie nicht gesehen . . . Aber was soll das mit dem Marxismus? Darin haben wir nie einen Zweifel gelassen, daß unser Sozialismus nicht wie der proletarische die Glückseligkeit jedes einzelnen zum Ziele hat. Unser Sozialismus geht auf die Nation."

Außer dieser Abfuhr des „Deutschen Volkswirts", die sich mehr gegen Schmitt und Schacht als gegen das Blatt richtet, wird dem Herausgeber des „Deutschen Volkswirts", Dr. Franz Reuter, ein Spezialartikel, „Das Spiegelbild eines liberalistischen Schriftleiters", gewidmet; in dem Spiegelbild wird die Vergangenheit Reuters, die ganz und gar nicht nazisch war, geschildert, sichtlich, um so den „Volkswirt" zum Schweigen zu bringen. Doch stehen, wie gesagt, so mächtige Nazibonzen hinter dem Blatt, daß dieser Versuch nicht glücken wird, auch dann nicht, wenn man den Dr. Reuter durch einen anderen Strohmann ersetzen sollte. Das wesentlichste aber an der ganzen Polemik ist, daß beide Teile, fachlich minder gebildet, einfach nicht zu merken imstande sind, daß sie Akteure in einem Stück Klassenkampf geworden sind.

Kulturniveau der Arbeiter

In der Sowjetunion

Den gelegentlich des Parteitages veröffentlichten Ziffern über die Entwicklung der Sowjetunion in den letzten drei Jahren entnehmen wir folgende Angaben: Die Ausgaben für die allgemeinen sozialen Belange für die städtische Arbeiterschaft haben sich seit 1929 mehr als verdoppelt. Die Aufwendungen für Bezahlung von Lohnausfall bei Arbeitsunfähigkeit stiegen auf das Zweieinhalbfache. Die Stipendien für Arbeiter, die mittlere oder höhere Schulen besuchen, auf das Zwölffache, die Ausgaben für Volksbildung und Kultureinrichtungen auf das Siebenfache und die Gesundheitspflege auf das Dreifache. Die Zahl der Schüler von Elementarschulen stieg von 3,6 Millionen im Jahre 1929 auf 5,7 Millionen im Jahre 1933 (ausschließlich der städtischen Schulen); die Zahl der Besucher technischer höherer Schulen von 327 000 auf 673 000 und der Arbeiterfakultäten von 68 000 auf 326 000. Im Laufe dieser vier Jahre wurden 1772 „Häuser der sozialistischen Kultur" errichtet. Die Zahl der Klubs und Kulturpaläste stieg von 6409 auf 8054. Die Zahl der Plätze in Kindergärten stieg von 156 000 auf 858 000; die Zahl der Plätze in Kinderkrippen von 59 300 auf 623 000.

Die durchschnittliche Dauer des Arbeitstages war 1928 7,8 Stunden, 1932 7 Stunden. Für die Verschönerung der Städte und die Verbesserung der Wohnverhältnisse wurden im Laufe des ersten Fünfjahrplans 4 Milliarden Rubel aufgewendet. Die Ergebnisse der Neubauten gehen hervor aus der Haushaltungsstatistik des abgelaufenen Jahres. Während 1929 nur 75,9 Prozent der Moskauer Industriearbeiter für sich und ihre Familie über eine eigene Wohnung bzw. Zimmer verfügten, sind es gegenwärtig 90 Prozent. Die Zahl der Schlafburschen (Arbeiter, die in der Wohnung eines anderen ein Bett mieten) ging von 9,4 auf 0,6 Prozent zurück. Dabei beträgt der Durchschnittsaufwand für Miete nur 4—5 Prozent des Lohnes.

Gelöscht und gekündigt

Hebung der Wirtschaft

Die Kartothek Auskunft des Arbeitsrechts Nr. 458 führt aus: „Unter abgebauten Arbeitgebern i. S. dieser Ausführungen sind Rechtsanwälte zu verstehen, deren Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zurückgenommen ist. Ferner gehören hinter die in der Liste gelöschten Patentanwälte die Aerzte, Zahnärzte und Zahntechniker, die bei den Krankenkassen und sonstigen Trägern der Sozialversicherung und der Reichsversorgung wegen nichtarischer Abstammung oder kommunistischer Betätigung nicht mehr beschäftigt werden. Ihnen steht das Recht zu, den von ihnen beschäftigten Arbeitnehmern fristlos zu kündigen . . . Diesen steht wiederum das Recht zu, die von ihnen gemietete Wohnung zu kündigen."

„Ehrenrechte statt Brot“

Schändliche „Begehrlichkeit“ der Arbeitsopfer

Das nachstehend abgedruckte Schriftstück ist nicht etwa ein marxistisches Pamphlet zur Verhöhnung der Sozialpolitik im „dritten Reich“, sondern die wortwörtliche Wiedergabe eines Rundschreibens des gleichgeschalteten Zentralverbandes des Gesamtverbandes deutscher Arbeitsopfer in der Deutschen Arbeitsfront e. V. Es wendet sich an Arbeitsinvaliden und Witwen, die durchschnittlich etwa 1 Mark Rente den Tag beziehen, oft noch weniger.

Das schleimige Rundschreiben wirkt um so übler, wenn man weiß, daß im 3. Reiche ab 1. Januar 1934 die Invalidenrenten um ein Viertel gekürzt worden sind, d. h. die neu hinzukommenden Renten. Die seitherigen Bezieher von Invalidenrenten müssen sich erneut den sogenannten Nachuntersuchungen unterwerfen, um, drücken wir uns wie Göring aus, den Wohlfahrtsstaat zu beseitigen und so die Arbeitsopfer von ihrer „Begehrlichkeit“ zu kurieren.

Nach den jüngsten Verlautbarungen der Deutschen Arbeitsfront hat sich diese gewaltige Organisation unter der Schirmherrschaft unseres Volkskanzlers und der tatkräftigen Arbeit ihres Führers, Staatsrat Dr. Ley, die Aufgabe gestellt, alle im Arbeitsleben stehenden deutschen Volksgenossen sowohl in materieller wie vor allem in seelischer Hinsicht zu betreuen und sie zu vollwertigen Bürgern des Staates und damit in die deutsche Volksgemeinschaft emporzuziehen.

Neben der Deutschen Arbeitsfront als der ihr unterstellten selbständigen Säule steht der Gesamtverband deutscher Arbeitsopfer in der Deutschen Arbeitsfront e. V., der seine Aufgabe darin sieht, die aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Volksgenossen, Opfer der Arbeit infolge Alter, vorzeitiger Invalidität oder Unfall, in gleicher Hinsicht zu betreuen. Mit Recht hat die Deutsche Arbeitsfront erkannt, **daß sowohl die seelischen wie auch die sonstigen Voraussetzungen der Arbeitsopfer völlig verschieden sind von denen der gesunden, arbeitsfähigen und im Arbeitsleben stehenden Volksgenossen.** Daher hat die Deutsche Arbeitsfront davon Abstand genommen, die in der letzten Zeit von ihr getroffenen Maßnahmen auch auf die Organisation der Arbeitsopfer zu übertragen.

Der Gesamtverband Deutscher Arbeitsopfer begrüßt es insbesondere, daß es ihm gelungen ist, seine rund 600 000 Mitglieder gleichfalls der deutschen Volksgemeinschaft zuzuführen. Im Weimarer System standen die Opfer der Arbeit jenseits der Nation.

Ihre Verführer stachelten die Begehrlichkeit der Sozialrentenempfänger an, ohne sie dahin zu belehren, daß das Schicksal des gesamten deutschen Volkes unlösbar verbunden ist mit dem Schicksal der Opfer der Arbeit.

So kam es, daß sich die Rentenempfänger mehr unbewußt als bewußt außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft stellten und ihre Begehrlichkeit keine Rücksicht auf die Gesamtheit unseres Volkes und die Lage der deutschen Volkswirtschaft nach Versailles, Inflation sowie Dawes- und Youngplan nahm.

In den Kundgebungen zum 12. November 1933 und ebenso im Wahlergebnis selbst ist es deutlich zum Ausdruck gekommen, daß die erzieherische Aufgabe, die sich die Amtswalter des Verbandes gestellt hat, schon zu einem guten Teil Früchte getragen hat.

An die Stelle der früheren Begehrlichkeit ist heute die Genugtuung darüber getreten, daß die Opfer der Arbeit vollwertige Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft sind.

Das zeigt sich insbesondere darin, daß ihnen der Führer des deutschen Volkes, Adolf Hitler, am 1. Mai 1933, am Tage der nationalen Arbeit, Ehrenplätze zugewiesen hat. Mit Recht stellte Hitler die Soldaten der Arbeit den Soldaten des Krieges und die Opfer der Arbeit den Opfern des Krieges gleich. In der Praxis hat diese Anerkennung ihre Auswirkung dahin erhalten, daß der Gesamtverband deutscher Arbeitsopfer mit der NS.-Kriegsopferversorgung auf allen Gebieten auf das engste Hand in Hand arbeitet und die Opfer des Krieges zugleich um die Durchsetzung von Ehrenpunkten zugunsten der Arbeitsopfer kämpfen, wie umgekehrt die Opfer der Arbeit den Kriegsopfern die ihnen zukommende Achtung zollen und sich mit ihren Forderungen in ideeller Hinsicht solidarisch erklären.

Daneben kämpfen die Amtswalter des Verbandes um die Wiederherstellung der guten, alten Sitte, daß man vor einem in Ehren und harter Arbeit Ergrauten aufstehen und ihn achten soll.

Diese ideellen Ziele, die sich der Verband gestellt hat, sind höher zu bewerten, als irgendwelche materiellen Vorteile.

Der frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald, Führer der verflossenen Zentrumsgewerkschaften, sprach im Jahre 1931 mit rücksichtsloser Offenheit von dem stolzen Werke Bismarcks,

der deutschen Sozialversicherung, als von einem „Trümmerhaufen“. Hieran hat sich bis heute noch nichts geändert.

Der gewaltige Kampf der Reichsregierung und der NSDAP. gegen die Arbeitslosigkeit und für den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft ist zugleich der Kampf zugunsten der Arbeitsopfer. Die Früchte können jedoch erst dann geerntet werden, wenn der Sieg restlos errungen ist.

In der Erkenntnis, daß es töricht wäre, finanzielle Ansprüche an leere Kassen zu stellen, lehnt es der Gesamtverband deutscher Arbeitsopfer im Namen seiner Mitglieder ab, materielle Forderungen wegen der die Mitglieder schwer drückenden Notverordnungen der letzten Jahre zu erheben, ehe nicht die Voraussetzungen hierzu geschaffen sind.

In der Erkenntnis, daß diese Voraussetzungen noch nicht vorliegen, hat die deutsche Reichsregierung das gewaltige Winterhilfswerk des deutschen Volkes geschaffen, dessen Arbeit unser Führer in den Worten zusammengefaßt hat: „Kein deutscher Volksgenosse soll in diesem Winter hungern und frieren?“ Da es im Augenblick völlig ausgeschlossen ist, den Opfern der Arbeit aus der Sozialversicherung bessere Lebensbedingungen zu schaffen, ist der Verband korporatives Mitglied der NS.-Volkswohlfahrt geworden. Er hat auf diese Weise in doppelter Hinsicht für die Bedürftigen unseres Volkes gewirkt. Einmal ist dadurch eine unbedingt zuverlässige und gerechte Betreuung der Arbeitsopfer insofern gesichert, als Amtswalter des Verbandes in allen Ausschüssen und Gliederungen der NS.-Volkswohlfahrt vertreten sind. (?) Zum anderen tragen auch die Opfer der Arbeit im Rahmen ihrer dürftigen Mittel nach besten Kräften als ehrenamtliche Mitarbeiter zu dem Gelingen der großen Aufgabe des Werkes bei.

Die Reichsregierung hat soeben ein Gesetz zur Sanierung der Rentenversicherungsträger erlassen. Das Reich, d. h. die Gesamtheit des deutschen Volkes, bringt erhebliche Opfer, um die Rentenzahlungen auch für die Zukunft sicherzustellen. So wie die Lage der Sozialversicherungsträger vor Erlaß dieses Gesetzes war, stand der Rechtsanspruch der Arbeitsopfer nicht gerade allzusicher. In absehbarer Zeit hätten die Mittel der Rentenversicherungen versiegen müssen und alle Rechtsansprüche hätten nur noch auf dem Papier gestanden. Mit Recht führte der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Krohn, in seiner Begründung des neuen Gesetzes zur Sanierung der Rentenversicherungen aus, daß dieses sozialpolitische Gesetz das wichtigste und tatkräftigste der nationalsozialistischen Regierung sei.

Wohl bringt es den Opfern der Arbeit keine unmittelbaren Vorteile, aber es sichert den Rentenanspruch sowohl für sie wie auch für ihre Kinder und Kindeskinder in alle Zukunft. (Die zweite Hälfte des Satzes ist leere Phrase. Red. d. D. F.)

Daneben aber stellen die Opfer der Arbeit an das deutsche Volk Forderungen vorwiegend ideeller Natur?, die unter dem früheren System grundsätzlich vernachlässigt und verweigert worden sind. Wir haben diese Forderungen zusammengefaßt in

12 Ehrenpunkte für die Opfer der Arbeit:

1. Den Opfern der Arbeit ist das Tragen eines besonderen staatlich geschützten Abzeichens zur Pflicht zu machen.
2. Das anerkannte Arbeitsopferabzeichen wird unter eigenen Ehrenschutz gestellt.
3. Die Träger des Arbeitsopferabzeichens haben bei allen öffentlichen Veranstaltungen Ehrenplätze zu bekommen.
4. Sie sind bei allen öffentlichen Behörden und sonstigen Dienststellen bevorzugt abzufertigen.
5. Alle Verkehrsunternehmen haben den Trägern des Arbeitsopferabzeichens wesentliche tarifliche Nachlässe zu gewähren.
6. In allen Theatern, Konzerten, Lichtspielhäusern ist für die Träger dieses Abzeichens außer der Lustbarkeitssteuerbefreiung durch die Gemeinde ein wesentlicher Preisnachlaß und ein besonderer Ehrenplatz sicherzustellen.
7. In allen Schulen ist monatlich auf die Verdienste der Opfer in geeigneter Form hinzuweisen und die Kinder sind dazu zu erziehen, den Opfern der Arbeit die gebührende Achtung zu erweisen.
8. In allen Behörden, die sich unmittelbar mit der Versorgung der Opfer der Arbeit befassen, sind im unmittelbaren Verkehr mit den Arbeitsopfern nur solche Ärzte und Beamte zu verwenden, die die erforderliche Achtung vor den Opfern der Arbeit besitzen, im gereiften Alter sind und über die erforderliche Erfahrung in der Betreuung der Opfer der Arbeit verfügen.
9. In den Ehrenämtern als Beisitzer in den Spruchkammern der Oberversicherungsämter sind nur die Arbeitsopfer heranzuziehen.
10. Den noch Arbeitsfähigen der Opfer der Arbeit, den Unfallbeschädigten, den Witwen der Verunglückten mit unmündigen und unselbständigen Kindern ist bevorzugt Arbeit, die ihrer Leistungsfähigkeit entspricht, zuzuweisen.
11. Die Gleichstellung der Opfer der Arbeit mit den Wohlfahrtsempfängern von seiten der Wohlfahrtsämter auf Grund der Richtsätze wird aufgehoben und verboten.
12. Den im Dienst der deutschen Volkswirtschaft und im Dienste um den Aufbau der wehrhaften Rüstung ergrauten und verletzten Volksgenossen und ihren Hinterbliebenen stehen in jeder Hinsicht dieselben Ehrenrechte zu, wie den Opfern des Krieges. (Auch diese ideellen Forderungen stehen lediglich auf dem Papier. Red. d. D. F.)

Ebeling,
Führer des Gesamtverbandes deutscher Arbeitsopfer in der Deutschen Arbeitsfront e. V.

Holländisches Urteil über Hitlerdeutschland

Hitler gegen Oesterreich

Wir entnehmen aus der „Post Scripta“ der „Haagschen Post“:

„Hitler hat barsch zu den Oesterreichern gesprochen; dabei gebrauchte er scheinbar beruhigende Worte. Daß das deutsche Volk die Absicht habe, Oesterreich zu überwältigen, könne nicht bewiesen werden, sagte er. Aber darauf ließ er eine Ausführung folgen, daß Oesterreich seinem Charakter nach zu Deutschland gehöre. Die deutsche Regierung, so hieß es weiter, hat aus dem Auftreten der Oesterreicher gegen die Nazis erst Konsequenzen gezogen, als deutsche Untertanen in Oesterreich dadurch getroffen wurden. Das ist eine Behauptung, die an Dreistigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Eine Regierung soll demnach nicht das Recht haben, gegen Fremde, in diesem Falle Deutsche, aufzutreten, die sich vereinigen, um die Selbständigkeit ihres Landes zu unterdrücken! Sind die Deutschen denn selbst langmütig gegen Ausländer, die in ihrem Land Politik treiben? Wir kennen Fälle genug, die das Gegenteil beweisen! Mit Trugschlüssen, daß er ebensowenig daran tun könne, daß nach Oesterreich Ausgewichene Propaganda treiben gegen die österreichische Regierung, wie die anderen Staaten nichts daran ändern können, daß Emigranten in ihrem Land gegen Deutschland eifern, kann er das nicht rechtfertigen. Die anderen Länder stellen ja sogar ihre Radiostationen für antideutsche Propaganda zur Verfügung! Das tut wohl Deutschland für die Nazipropaganda in Oesterreich! Aus alledem ergibt sich, daß Hitler nicht die Absicht hat, seine Taktik Oesterreich gegenüber zu ändern. So hat man es in Italien aufgefaßt, und die Entrüstung muß dort groß sein. Faschismus und Nationalismus stehen sich in Oesterreich gegenüber, auch in internationaler Hinsicht.“

Und bist du nicht willig . . .

Ueber die Geburtstagsrede, die Hitler im Reichstag hielt, lesen wir in der „Post Scripta“ u. a.:

„Hitler hat in seiner Geburtstagsrede, die er vor dem Reichstag hielt, ein hohes Lob ausgebracht auf die Einheit, die er dem deutschen Volk gegeben hat. Darauf könnte man, vor allem in der letzten Zeit, manches sagen. Denn ein stilles Murren steigt, durch seine zunehmende Ausbreitung immer deutlicher vernehmbar, in Deutschland auf. Aber es gibt noch viel greifbarere Aeußerungen, die Hitlers Behauptung Lügen strafen. In der letzten Woche ist viel passiert. Die rauhen SA.-Methoden, bei denen Ueberrumpelung und Gewalt die kräftigsten Ueberzeugungsmittel waren, beherrschen im allgemeinen wieder mehr den politischen Schauplatz. Es ist immer ein böses Omen, wenn Göring das hauptsächlichste Sprachrohr der Regierung wird. Als die Kirchenspannung ihren Höhepunkt erreicht hatte, hat Göring sich eingemengt. In einer Versammlung der feindlichen Gruppen hat sein Drohwort den Ausschlag gegeben. Ebenso hat Hitler die Monarchie weggefegt. Er selbst ist der Bevollmächtigte des Volkes, und einst wird er auf der Basis seiner Macht die Entscheidung über die definitive Form der deutschen Konstitution treffen. Konsul? Imperator? Adolf I.?!

Ein Jahr Hitler

In der Jahresübersicht von „Het Algemeen Handelsblad“ (Amsterdam) „Hitler, ein Jahr Reichskanzler“ lesen wir u. a.:

„Hitlers weltberühmtes „Deutsches Recht“ vermögen wir nicht anders zu sehen als eine Rechtsverbiegung um einer nationalsozialistischen Weltanschauung willen. Die Bevorzugung einer Gruppe der Bevölkerung, die als Partei und noch mehr als eine Garde zu Aemtern kommt, wofür sie in vielen Fällen nicht die Fähigkeiten mitbringt, durch die sich die Vertriebenen auszeichneten, mag eine Uebergangsmaßregel sein, aber sie kommt dem Gemeinschaftsleben in keinem Fall zugute. Der Antisemitismus war mehr als eine Mißgeburt; er war und ist ein Fehler: und der Boykott vom 1. April 1933 wird noch lange ein bleierner Klotz bleiben, den die deutsche ausländische Politik zu schleppen haben wird. — Das Scheinparlament von heute, das sich noch Reichstag nennt und zu vollkommener Ohnmacht verdammt ist, verhindert jede Kontrolle der Obrigkeit und wird sich auf die Dauer dasselbe Mißtrauen erwerben wie die einst unabhängige Presse — Wer kann voraussagen, ob man in Deutschland und außerhalb seiner Grenzen in der nächsten Zukunft noch bedingungslos die amtlichen Statistiken über die Arbeitslosigkeit und die finanzielle Lage des Reiches glauben wird? Heute schon hört man in allen Kreisen der Bevölkerung leise Fragen, die durch kein Organ der öffentlichen Meinung gedruckt werden.“

Die Revolution ist noch nicht vorbei!

Wir entnehmen aus „De Nieuwe Rotterdamsche Courant“:

„Nichts fürchtet man in Deutschland mehr als die Ausschreitungen der SA. — und mit Recht! Gefangenschaft und Verbannung, das ist alles zeitweise zu ertragen. Die körperlichen Maßnahmen aber, die die SA. vollzieht, sind entscheidend. Tausende von Mitgliedern des Rotbundes haben gesagt, daß sie allem trotzen würden um ihres Glaubens willen. Aber das Schicksal des Dr. Jacobi war ein Mahnruf! Alles, nur das nicht! Die Revolution ist noch nicht vorbei!“

Politische Flüchtlinge in höchster Not

Das Matteotti-Komitee an alle

Das Comité Matteotti Francais sorgt seit vielen Monaten für einen wenn auch bescheidenen Lebensunterhalt von mehreren Hundert politischen deutschen Flüchtlingen, die in Frankreich das Asylrecht in Anspruch genommen haben. Große Summen sind dafür bereits aufgewandt worden, das noch zur Verfügung stehende Geld ist jetzt weitgehend aufgebraucht und unser Hilfswerk aufs Schwerste bedroht!

Es besteht die Gefahr, daß die politischen Flüchtlinge schon in ganz kurzer Zeit kein Nachtlager und kein Essen haben werden, wenn es nicht gelingt, durch die gemeinsame Hilfe der französischen Arbeiter, ihrer Organisationen, durch die Mithilfe aller freiheitsliebenden Menschen und aller derer, für die die Solidarität kein leeres Wort ist, die Mittel aufzubringen, die zur Weiterführung des notwendigen Hilfswerkes in noch so bescheidenen Grenzen notwendig sind!

Deshalb lassen wir unsern Alarmruf ergehen:

Helft den politischen Flüchtlingen, gebt Geld, so viel jeder zu geben vermag!

Zahlt schnell auf Compte cheques postaux Paris c. c. 804—43.

G. Kreyssig.

1. Die beste und einfachste Sicherstellung unseres Werkes wäre erreicht, wenn sich 1000 Kameraden im Lande finden, die sich bereit erklären, dem CMF. monatlich regelmäßig 20 Fr. zu geben!
   Antwortet sofort auf unsern dringenden Appell an die Verwaltung des CMF.: 154, rue de l'Université, Paris VIIe.
   Euer Name wird im „Roten Buch der Solidarität“ stehen, das wir führen als Ehrenbuch der opferwilligen französischen Arbeiterklasse.
2. Wir suchen Kameraden und hilfsbereite Menschen im ganzen Land, die einen Flüchtling bei sich aufnehmen oder ihm Beschäftigung geben! Antwortet unverzüglich ans CMF.!
3. Wir richten einen Appell an alle örtlichen Organisationen, das Protektorat für einen oder mehrere politische Flüchtlinge zu übernehmen, — sei es durch regelmäßige Zahlungen eines festen Monatsbeitrages ans CMF., — sei es durch Betreuung der vom CMF. zentral zugewiesenen Flüchtlinge am Ort selbst.
4. **Wir appellieren erneut, keine Versammlung vorübergehen zu lassen, ohne an das Solidaritätsgefühl zugunsten der politischen Flüchtlinge zu erinnern!**
   Euere Spende ermöglicht es uns, das große Elend derjenigen zu mildern, die als Opfer des Hitler-Faschismus für eine politische Ueberzeugung leiden müssen, die die unsere ist!

Helft schnell! Unterstützt schnell! Gebt schnell! Vergeßt niemals, daß Ihr dadurch eine Pflicht der Menschlichkeit erfüllt und Euere eigene Freiheit verteidigt, indem Ihr gegen die Hitler-Barbarei mitkämpft!

Paris, Februar 1934.

Le Comité Exécutif:

F. Dupont, Confédération générale du Travail (CGT.);
S. Grumbach, Parti Socialiste (SFIO.);
W. Schevenels, Fédération Syndic. Internationale (FSI.);
G. Kreyssig, FSI., Trésorier du CMF.

Der Krieg des Pontius Pilatus

Von Theodor Wolff

Im Monat August dieses Jahres 1934 werden zwanzig Jahre seit dem Ausbruch des großen Krieges vergangen sein. In diesem Jahr wird man mehr noch als in einem anderen sich an die Ereignisse von 1914 erinnern und wieder werden sie das Thema für unzählige Artikel in der Presse und für Reden und Kundgebungen bilden. Aber kann zu diesem Thema noch Neues, wirklich Neues, gesagt werden, gibt es noch unbekannte Tatsachen, sind nicht alle Quellen ausgeleert? Wir glauben behaupten zu können, daß ein Buch *„Der Krieg des Pontius Pilatus" von Theodor Wolff*, das im Mai im Verlage von *Oprecht u. Helbling in Zürich erscheint*, Neues bringen, durch Inhalt und Darstellung das allgemeine Interesse erregen und in der Diskussion dieses Erinnerungsjahres eine nicht unbedeutende Rolle spielen wird.

Man kann in dem Buch Theodor Wolffs drei Abschnitte unterscheiden. Der erste Teil handelt von den Vorgängen und, genauer gesagt, von den politischen Fehlern *Wilhelms II. und seines Kanzlers Bethmann-Hollweg* in den letzten Jahren vor dem Kriege. Der zweite Teil gibt eine Darstellung der geistigen Strömungen, der inneren Verhältnisse und der hauptsächlichen handelnden Persönlichkeiten in den wichtigsten Ländern, die dann in den Krieg eintraten. All das ist nicht im Ton trockener Geschichtsschreibung vorgetragen, es ist mit einer leichten Eleganz geschrieben, in einem fesselnden Stil und mit fortwährender dramatischer Steigerung. Zwischen der ernsten — aber immer stilistisch reizvollen und niemals schwerfälligen — Erzählung ein feiner Sarkasmus, zu dem die Betrachtung mancher Erscheinungen Anlaß gibt. Eine Fülle von pittoresken Einzelheiten, aus intimer Kenntnis der Menschen und Dinge geschöpft. Und eine Kritik, die sich nach allen Seiten hin richtet und bisher ganz unberücksichtigte Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt.

Der dritte Teil des Buches nähert sich dem Genre der Memoiren, denn er enthält, innerhalb der fortlaufenden Darstellungen der politischen Vorgänge, das, was der Verfasser in den Tagen vor dem Ausbruch des Krieges selbst erlebt und gesehen hat. Theodor Wolff, damals Chefredakteur des „Berliner Tageblatts", hat aus besonderen Gründen sehr vieles in nächster Nähe miterleben und beobachten können, wie nur sehr wenig andere. In gewissen politischen Aktionen, die auf deutscher Seite dem Kriege vorangingen, hat er — in der Hoffnung, damit der Erhaltung des Friedens dienen zu können — persönlich mitgewirkt. Dann — nach der Kieler Woche, bei deren Beginn er noch als Gast an dem Kaiserdiner teilgenommen hatte und unmittelbar vor der Ueberreichung des österreichischen Ultimatums — wurde er von den Leitern der deutschen Politik gebeten, aus Holland, wo er sich aufhielt, nach Berlin zu kommen. Er hat dann — als entschiedener Gegner der Politik, die durch das Ultimatum eingeleitet wurde — an jedem Tage im Auswärtigen Amt geweilt und in Gesprächen mit den maßgebenden Personen dort von Tag zu Tag die tragische Entwicklung konstatiert. Seine Erzählung, voll stärkster Spannung und packender Lebendigkeit, gestattet zum erstenmal einen Einblick in die verschlossenen Räume des damaligen Auswärtigen Amtes. Sie geht hier bis zur Mobilmachung und bis zum Ausmarsch der Truppen.

Wie schon gesagt wurde, richtet die Kritik Theodor Wolffs, die gegenüber der deutschen politischen Leitung jener Tage sehr scharf ist und nichts verschweigt, sich nach verschiedenen Seiten hin. Nach keiner Seite hin hält der Verfasser mit seiner Meinung zurück. Gerade deshalb wird die Diskussion, die das Buch hervorrufen wird, vermutlich lebhaft sein. Im letzten Kapitel, in dem auch der Titel „Der Krieg des Pontius Pilatus" erklärt und begründet wird, finden sich zwei Unterredungen mit Herrn von Bethmann-Hollweg. Die eine ist eines der zahlreichen Gespräche, in denen während des Krieges der ehemalige Reichskanzler dem Verfasser des Buches gegenüber seine Politik verteidigt hat, die Theodor Wolff noch billigen konnte. Die zweite Unterredung fand statt an dem Tage nach der deutschen Niederlage, an dem auf der Liste der Personen, deren Auslieferung die Entente fordern wollte, auch der Name des Herrn von Bethmann-Hollweg erschienen war, und man sieht den ehemaligen Reichskanzler als gebrochenen Mann, als eine tragische Figur, mit Worten der Verzweiflung vom Schauplatz der Ereignisse verschwindend.

Noch einmal sei wiederholt, daß dieses Buch nicht zu verwechseln ist mit der großen Menge von Werken, die den Ausbruch des Krieges mehr oder minder einseitig und auf Grund eines gelehrten Aktenstudiums schildern. Die genaue Kenntnis der in den Akten dargelegten Tatsachen ist hier nur nebenbei, ohne jede Pedanterie und mit leichter Hand verwertet und bildet nur die sichere Grundlage, auf der das eigene, sehr persönliche, neue Gesichtpunkte eröffnende Urteil und die farbige und plastische Schilderung des selber Miterlebten sich aufbauen. Soll man das Buch, trotz seiner stilistischen Eigenart, in eine bestimmte Gattung einreihen, so ließe sich am ehesten sagen, daß eine gewisse Geistesverwandtschaft mit den Büchern zweier Künstler der historischen Darstellung besteht, die Theodor Wolff besonders liebt: mit den Büchern André Maurois und Lyton Stracheys.

Es geht ihnen besser und besser

Schönheit der Arbeit

Ein Zwiegespräch

Pg. Merz (Presse- und Propagandawart der Reichsbetriebsgruppe Bergbau): „Ich habe gehört, die NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" besitzt ein *Amt für Schönheit der Arbeit*. Was wird mit dieser Einrichtung bezweckt?"

Pg. Obst (Gauwart Westfalen-Süd der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude"): „Dieses Amt hat eine hohe Aufgabe. Im Einvernehmen mit den Betriebsinhabern sollen mißliche Zustände beseitigt werden, die hier und da noch bestehen. Im Laufe der Zeit sollen die Betriebe, wo es notwendig ist, ein anderes Gesicht bekommen. Sie sollen freundlicher und heller werden. Der Arbeiter soll sich an seiner Arbeitsstätte wohlfühlen, mit Freude soll er seiner Arbeit nachgehen. Bei gutem Willen ließe sich mit wenigen Mitteln das äußere Bild einer Werkanlage freundlicher gestalten. Eine kleine Rasenfläche, einige Ziersträucher dazu, würden manch unfreundlichen Eindruck verwischen."

„Westfälische Landeszeitung", 3. Februar.

SA-Vernichtungskrieg gegen den Alkohol

„Kraft durch Freude" in der Praxis

„Wo mochte die Russin stecken? Ich suchte sie. Da saß doch das Luderchen mit einem Tiroler Boxer und ließ sich ko. küssen! Schon überlegte ich, ob ich nicht schleunigst zu der Polin nach der Harmonie zurückkehren sollte, als mir noch beizeiten einfiel, daß ich da vielleicht aus dem Regen in die Traufe kommen würde. Was macht man da in solchen Fällen, man sucht seine eigne Frau, denn bei ihr ist man doch immer am besten aufgehoben. Die war mir aber auch entschlüpft. Nun warf ich mich in meiner Verzweiflung dem obengenannten Kleeblatt in die Arme und wir begannen einen Vernichtungsfeldzug gegen den Alkohol. Mein Freund Hanns (er legt ein großes Gewicht auf das zweite n in seinem Namen) hatte ein deutsches Gretchen mit reizenden Zöpfen im Gefolge. Ich wollte es ihm abjagen, aber es ist mir nicht gelungen. Bei der Verlosung habe ich auch nichts gewonnen... Morgen muß ich den Verlag um Vorschuß bitten. — Meine Frau schläft noch immer; wir beide haben etwas Knies, da wir *uns nicht einigen konnten, wer eigentlich den andern nach Hause gebracht hat.*

Einen Durst habe ich . . einen Durst!" — — — — — — — — — — — — — — —

Pitterche, im „Westdeutschen Beobachter", 5. Febr.

Amerikaner beneiden uns

Vorbild für die ganze Welt

Der Münchener Faschingsorden „Für Freude und Hilfsbereitschaft" ist volkstümlich, das ist gar nicht zu bezweifeln. Das Allerschönste an ihm ist, daß er nur aus den Händen junger Damen verliehen wird. Wir haben uns im Fasching bereits ein wenig umgeschaut, wer die Faschingsorden trägt. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß gerade die Kreise des Bürgertums und die eigentlichen Wirtschaftsführer vor allem Träger der Orden sind, ja, daß sie diese mit Begeisterung tragen, weil sie auch den Sinn der Auszeichnung voll begriffen haben. Eine gewisse Mittelschicht indessen, Leute, denen der Begriff für wahres Volkstum und Gemeinschaftswesen immer noch verschlossen blieb, schütteln beim Erscheinen der Ordensverleiherinnen harthörig den Kopf. Demgegenüber darf man sagen, daß heute alle Minister in Bayern und nahezu alle führenden Persönlichkeiten den Orden der Stadt München tragen, selbst in Berlin zeigen zahlreiche Offizielle sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit der Münchener Auszeichnung, es wurden dahin vom Münchener Faschingsausschuß bereits fünfzig Großkomturkreuze verliehen! Die Fremden erwerben, wie man beobachten kann, die Berechtigung zum Tragen des Ordens mit Freude. Einer von zahlreichen Amerikanern, denen der Orden verliehen wurde, äußerte seine Bewunderung über die Idee der Ordensverleihung und das damit verbundene große Hilfswerk. „Amerika dürfte sich glücklich schätzen, wenn es das ebenso könnte, die Not mit der Freude zu verbinden. Eine solche Volksgemeinschaft, wie sie hier selbst bei einer so närrischen Angelegenheit, wie der Fasching es ist, zutage tritt, kann als Vorbild gelten für alle Welt."

(„Münchener Zeitung", 4. Februar.)

Kleine Anekdoten

Wauwau, Wauwau, Hitler

Wir vertiefen uns, so erzählt die „Basler National-Zeitung", wieder einmal in die Lektüre des Judenhaß verbreitenden, von Julius Streicher in Nürnberg herausgegebenen Wochenblatts „Der Stürmer", das uns ab und zu auf den Redaktionstisch fliegt. Aber es wäre falsch zu behaupten, daß „Der Stürmer" nur Haß predigt. Denn auf der letzten Seite fanden wir neben Ueberschriften wie „Die Tragik eines Judenmischlings", „Der Jude von Mußbach", „Juden in Ehingen", „Der jüdische Notar", „Jüdische Gier nach Christenblut", „Jüdische Schweinerei", endlich und ganz zuletzt noch folgende köstliche Zuschrift einer Mitarbeiterin, die Ermelinde zeichnet.

Ein jedes Kind kennt mich!! Mit Recht sprach neulich Adolf Hitler die Worte: „Ein jedes Kind kennt mich." dieses konnte ich selbst im Wartezimmer eines Arztes beobachten. Unter den Wartenden war eine Mutter mit ihrem eineinhalbjährigen Mädchen. Die Kleine trippelte hin und her, man merkte, daß auch ihr die Zeit zu langsam verging. Schließlich setzte die Mutter die Kleine auf das Sofa und gab ihr eine illustrierte Zeitschrift in die Händchen. Sie fing emsig zu blättern an, wie es Kinder eben tun. Alles, was sie entdeckte, wurde laut von ihr ausgesprochen. Sie entdeckte den „Wauwau", dann sah sie wieder einen „Wauwau!" Dann blätterte sie weiter, ohne etwas Rechtes mit den andern Bildern anfangen zu können. Schließlich hatte sie etwas entdeckt und mit Stolz kam es aus ihrem Munde: „Hitler!"

Faschistische Lektion

Ihr armen Irren auf der ganzen Erde,
Die ihr ersehnt, daß sie faschistisch werde,
Wollt ihr euch gründlich am Faschismus laben,
Dann geht in Länder, welche ihn schon haben.

Dort wird euch, so ihr hören könnt und sehn,
Das Hören und das Sehen bald vergehn. —
Damit ihr etwas von der Wahrheit wißt,
Laßt euch erklären, was Faschismus ist.

Ein jeder, der noch ausspricht, was er denkt,
Wird mit den Freuden langer Haft beschenkt;
Wer es gar wagt, sein Denken aufzuschreiben,
Dem dürfte bald kein heiler Knochen bleiben.

Ein jeder Brief von dir wird aufgemacht,
Dein Telefon wird peinlich überwacht.
Ein offnes Wort, zu einem „Freund" gesprochen,
Und morgen ist dein Leben schon zerbrochen.

Mißtrauisch bangst du vor dem eignen Sohn,
Der dich belauscht als Polizeispion. —
Du magst ein Muster an Korrektheit sein,
Wenns „jenen" paßt, so sperrt man dich doch ein.

Wenn ein bezahlter Schuft dich denunziert,
Bist du verurteilt schon und diffamiert.
Kein Richter und kein Recht sind mehr vorhanden,
Die dich beschützen vor Regierungsbanden.

Willst du nicht, daß sie deinen Frieden meucheln,
So mußt du zähneknirschend Beifall heucheln
Zu allen Missetaten, die geschehen,
Bis du vor Scham und Ekel magst vergehn.

Dein Leben ist das Leben des Heloten,
Und insgeheim beneidest du die Toten. —
Das ist, — fragt alle, die es durchgemacht, —
Das wahre Antlitz der Faschistenpracht!

Horatio.

Die neuen Titel

Im „dritten Reich" werden, wie gemeldet, neue Titel eingeführt. Neue Ehrennamen sind im Entstehen, die einerseits an altpreußische Titel anknüpfen, anderseits aber der arteigenen Nazisprache Rechnung tragen müssen.

Göring hat bereits den Anfang gemacht: er ließ sich zum Ehrenhandwerker ernennen. Der Titel Geheimer Brandrat steht ihm noch bevor. Die anderen Hauptbeteiligten an dem Leipziger Prozeß werden sich Justizkomödienrat oder Gerichtsessessor nennen dürfen. Die wichtigste Person des „dritten Reichs" der Richter und Henker darf natürlich nicht leer ausgehen. Sein Ehrenname Schneidiger Kopfarbeiter kann nicht mißverstanden werden. Auch die wertvolle Arbeit in den Konzentrationslagern muß anerkannt werden. Verdienstvolle Lagerleiter wird man zu Wirklichen Greuelräten ernennen, denen Konzentrierte Sadistenführer zur Seite stehen. Gefangene, die sich durch sehr gutes Betragen von den unverbesserlichen Marxisten abheben, heißen zur Belohnung Hochver-Rat.

Das Propagandaministerium verleiht an seine Beamten die Ehrentitel Nordischer Lug- und Truchseß. Völkische Journalisten können sich vom einfachen Doktor honoraris causa zum Schmiersaf emporarbeiten.

Dichter, Künstler und Gelehrte, die an den verschiedenen gleichgeschalteten Akademien und Universitäten wirken, sollen als Speichellektoren der studierenden Jugend ein leuchtendes Vorbild sein. Nationalsozialistische Aerzte können mit den Titeln Kräuterrat, Geheimer SA.-nitätsrat und Oberster Sterilisator ausgezeichnet werden.

Die Wirtschaftsführer, auch Geheime Volksführer genannt, werden die Bezeichnung Wirklicher Dividenderat führen. Mit dieser Neueinführung hofft das „dritte Reich", endlich aus seiner Ratlosigkeit herauszukommen.

Karo.

Das Gerippe

Aus Berlin kommt folgendes Telegramm:

Das „Berliner Tageblatt" meldet zum diesjährigen Münchener Faschingszug, daß das eigentliche Gerippe des Zuges von der Reichswehr und der Landespolizei gebildet werde.

Anschließend allgemeiner Totentanz mit Gasmaskenzwang. Die Gerippe des Faschingszuges marschieren geschlossen in das offene Massengrab. Den Heringschmaus halten die Leichenwürmer.

Zeit-Notizen

Philosoph in jeder Hinsicht

Professor Oscar Kraus, der repräsentative Philosoph der deutschen Universität in Prag, erhielt eine Einladung zu einem „Deutschen Philosophentag" in München. Als einzig bemerkenswerten und ernsten Punkt enthielt die Tagesordnung die Absingung des Horst-Wessel-Liedes. Kraus lehnte höflich ab. Er erklärte, zu wenig musikalisch gebildet zu sein, um den Niedergang der deutschen Philosophie in ihrer aktuellsten Erscheinungsform würdigen zu können.

Germanische Psalmen

Die Psalmen Davids sind, „germanisiert", unter dem Titel „Göttliche Gesänge für Deutsche" neu herausgegeben worden. Als Beispiel der „Germanisierung" verzeichnen wir: Statt des Textes in Psalm 87: „Gott liebt die Zinnen von Zion" liest man: „Gott liebt die Höhen Deutschlands mehr als alle Orte des Auslands. Gott liebt die Eibe des Odenwaldes und die Eiche des Baltikums."

Die Amazonen Germaniens

Dr. von Leers befaßt sich in der „Deutschen Studentenzeitung" mit der Aufgabe der deutschen Frau: „Wir wissen aus der Geschichte und Frühgeschichte unseres Volkes zur Genüge von Lehrerinnen und Kämpferinnen, von waffentragenden Frauen... Es besteht von der nationalsozialistischen Idee aus nicht das geringste Hindernis, auch einmal Wehrsportlager für Mädchen einzurichten!"

Saarkampf und Kulturkampf

Spaniolen

Der Saar-Landesführer und seine jämmerlichen Ausreden

Es sind jetzt sechs Wochen her, daß der schwedische Journalist Vinde seinen sensationellen Bericht über seine Unterredung mit Herrn Spaniol, dem Naziführer des Saargebietes, veröffentlichte. Die darin enthaltenen antikatholischen Aeußerungen, gipfelnd in Beschimpfungen des Papstes und Bedrohungen der katholischen Geistlichkeit an der Saar, erregten um so größeres Aufsehen, als gleichzeitig nach den Behauptungen Vindes von Spaniol und einem anderen Nazi-Führer Hitler zum neuen deutschen Christus gekrönt wurde.

Vor sechs Wochen stand das in der angesehenen schwedischen Zeitung „Dagens Nyeter". Etwa gegen Mitte Januar hat der Straßburger Rundfunk die Einzelheiten des Interviews in die Welt gefunkt. Gleichzeitig wurde es von Straßburger Zeitungen in aller Ausführlichkeit veröffentlicht. Am 30. Januar hatte endlich die katholische „Saarbrücker Landes-Zeitung" den Mut, die entscheidenden Teile des Interviews abzudrucken und an Spaniol die präzise Frage zu richten, ob er diese Aeußerungen getan habe und ob er sich mit ihnen identifiziere.

Jetzt, am 7. Februar,

liegt endlich eine Antwort Spaniols vor. Sie ist ebenso jämmerlich wie unwahr. Spaniol wagt die dreiste Behauptung, er habe von den Veröffentlichungen des schwedischen Blattes erst durch die „Saarbrücker Landes-Zeitung" Kenntnis erhalten. Alle politisch interessierten Kreise des Saargebietes wußten seit Wochen um das Interview und kannten es genau. Nur Herr Spaniol, der die Weihen des Führers erhalten hat, will nichts gewußt haben. Aber diese Notlüge ist noch begreiflich. Schlimmer ist, wie er sich in der Sache aus der Schlinge zu lösen sucht. Zwar kann er das Interview nicht ableugnen. Er habe aber die entscheidenden Wendungen (Hitler der Papst, der neue Christus) nicht als seine Meinung Herrn Vinde angegeben, sondern gesagt, daß es unter den Dissidenten (!) seiner Partei Leute gebe, denen der Nationalsozialismus gewissermaßen eine religiöse Weltanschauung bedeute. Dissidenten, die nach einer „religiösen Weltanschauung" suchen! Eine derartige Kuriosität dürfte es selbst bei den darin reich gesegneten saarländischen Nationalsozialisten nicht geben.

Die Ausreden Spaniols sind von wahrhaft erschütternder Hilfslosigkeit. Es ist darum recht glaubhaft, wenn behauptet wird, daß sich ein Untersuchungsausschuß aus Hitlerdeutschland unter Führung des Freiherrn Eltz von Rübenach in Bewegung gesetzt hat, um die Führerqualitäten des Herrn Spaniol näher zu prüfen. Die nationalsozialistischen Intellektuellen sind seit langem mit dem ebenso tapsigen wie überheblichen Alois Spaniol unzufrieden und haben erreicht, daß man ernsthaft die Abberufung Spaniols aus dem Saargebiet prüft. Da er aber hier, besonders unter der Jugend, zahlreiche Anhänger hat, so ist eine Spaltung innerhalb der saarländischen Nationalsozialisten nicht außerhalb aller Möglichkeiten. Vor allem sind katholische gleichgeschaltete Kreise eifrig bemüht, Spaniol von seinem braunen Throne zu stürzen.

*

Ausführlich setzt sich die „Saarbrücker Landes-Zeitung" mit der Entgegnung des Herrn Spaniol auseinander. Der Journalist Vinde habe die Aeußerung Spaniols ausdrücklich als seine eigene Meinung mitgeteilt: „Hitler ist ein neuer, ein größerer, ein gewaltigerer Christus, sagt er mit einem unbeschreiblich kindlich-frohen Lächeln." So habe der schwedische Journalist geschrieben und diese Ausführungen seien ganz genau und klar. Es erscheine einfach unbegreiflich, daß ein so gewandter, der deutschen Sprache absolut mächtiger Journalist überhört haben sollte, daß Herr Spaniol nur die Meinung anderer wiedergegeben habe. Die „Saarbrücker Landes-Zeitung" weist mit Nachdruck darauf hin, daß es sich bei der Veröffentlichung nicht um ihre Sonderaktion handelte, sondern daß die gesamte katholische Presse des Saargebietes in voller Einmütigkeit die Abwehr geführt habe. Die berufene Vertretung des saarländischen Katholizismus und der saarländischen Geistlichkeit habe erst in diesen Tagen sich einmütig hinter die katholische Presse und die von ihr geführte katholische Aktion gestellt.

Vinde erklärt

Redakteur Vinde von „Dagens Nyeter" hat ausdrücklich auf Anfrage schriftlich mitgeteilt: „Ich darf es als für meine Zeitung und für mich als selbstverständlich unterstreichen, daß von mir wiedergegebene persönliche Unterredungen nach Inhalt und Form mit peinlichster Sorgfalt dem tatsächlichen Verlauf der geführten Gespräche folgen. Meine Kenntnisse in der deutschen Sprache schließen im Uebrigen die Möglichkeit etwaiger Mißverständnisse völlig aus."

Terror-Röchling

Ein Prozeß in Saarlouis und die Moral davon

Vor dem Saarlouiser Obergericht wird heute bereits am dritten Tag der große Prozeß gegen Röchling verhandelt. Wie erinnerlich, wurde der schwerindustrielle Teilhaber der „deutschen Front" an der Saar unter Anklage gestellt, weil er denjenigen, die ihre Kinder in die französische Domanialschule schickten, in von ihm verfaßten Flugblättern mit Rache und Vergeltung im Jahre 1935 bedroht hatte. In der ersten Instanz wurde Röchling mit Glanz von gleichgeschalteten Richtern freigesprochen, aber der Generalstaatsanwalt legte Berufung ein. Ausgerüstet mit reichen Mitteln und mit einem Stabe von Anwälten versucht Röchling nun vor dem Obergericht in Saarlouis den Spieß umzukehren, die französische Grubenverwaltung zur Angeklagten zu machen und ihr Bedrückungen gegen Bergleute nachzuweisen, die ihre Kinder nicht in die französische Schule schickten. Zweifellos haben untergeordnete Organe hin und wieder Handlungen unternommen oder Worte gebraucht, die einen solchen Verdacht bestätigen könnten. Ist ein Druck erfolgt, so ist er scharf zu mißbilligen. Aber die Tatsache besteht, daß die Kinder von 40 000 Bergleuten, die auf den französischen Gruben beschäftigt sind, zu weit über 90 Prozent in deutsche Schulen gehen, ohne daß gegen ihre Väter darum die geringste Repressalie verübt worden ist oder daß sie mit Entlassung bedroht worden sind.

*

Wie aber sieht es dort aus, wo Röchling die Macht hat? Die „Volksstimme" veröffentlicht darüber interessantes Material. Herr Röchling hat auf seinem Werk mit rund 7000 Arbeitern den Hitlergruß eingeführt, obgleich er weiß, daß große Teile seiner Arbeiterschaft freigewerkschaftlich oder marxistisch organisiert sind. Er selber also übt den schlimmsten Gesinnungsterror aus. Schon vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus konnte man am Völklinger Röchlingwerk nicht ankommen, wenn man nicht die Empfehlung eines Lehrers oder eines Geistlichen der früheren deutsch-saarländischen Volkspartei mitbrachte. Auch der christliche Metallarbeiterverband hat sich jüngst über schwerste Benachteiligung seiner Mitglieder auf Grund von Unterlagen beklagt. Im Röchlingschen Betriebe werden, so teilt die Volksstimme weiter mit, alle jungen Arbeiter, zum Teil sogar bis zu 24 Jahren, durch die Betriebsleitungen mit sanftem Druck gezwungen, sich in hitlerdeutsche Arbeitsdienstlager zu begeben. Was für ein Geschrei würde Röchling erheben, wenn die französische Grubenverwaltung ihre Bergleute zwingen würde, in französische Arbeitslager mit französischem Wehrsport zu gehen! Bei großen Hitlerkundgebungen läßt Herr Röchling in seinem Betrieb große Lautsprecher aufstellen und zwingt die Belegschaft zum Zuhören.

Kurz, der Ankläger gegen französischen Terror leistet auf diesem Gebiet das Vielfache von dem, was er seinem Prozeßgegner vorwirft. Die Volksstimme hat Recht, wenn sie sagt: „Die Terroristen der Saar sind identisch mit der sogenannten „deutschen Front" Röchlings."

Die Bluttat von Püttlingen

Gleichgeschaltete Lügennachrichten

Die offiziellen gleichgeschalteten Nachrichtenbüros bringen andauernd unwahre Nachrichten über die von uns gestern bereits mitgeteilte Bluttat in Püttlingen. Es steht fest — auch die polizeilichen Ermittlungen haben es bestätigt —, daß Becker, der schon am Boden lag, von Schmidt angeschossen wurde. Es ist fraglich, ob er mit dem Leben davonkommen wird. Die näheren Ermittlungen haben ferner ergeben, daß dieser und andere Vorfälle gleicher Art zurückzuführen sind auf die dauernde Agitation der verbotenen Formationen der Nationalsozialisten, die nach wie vor getarnt weiterbestehen. Sie werden ermutigt durch die Haltung von gewissen Polizeiorganen, die einseitig gegen die Antifaschisten vorgehen und die Gleichgeschalteten immer in Schutz nehmen.

Weitere Verbote im Saargebiet

Die Regierungskommission hat 7 Tageszeitungen in Dudweiler, Neunkirchen, Wiebelskirchen, Homburg und Völklingen auf die Dauer von drei Tagen verboten. Das Verbot erfolgte aus denselben Gründen wie das gestern gemeldete Verbot der „Saarfront" auf Grund eines Artikels, in dem gesagt wurde, daß jetzt an der deutsch-saarländischen Grenze Emigranten zur besonderen Verwendung für die Paßkontrolle eingesetzt worden seien.

Sie schweigen von Faulhaber

Rom ist wachsam . . .

Angriffe auf den Mainzer Bischof

Der Anschlag auf Faulhaber, der im Zusammenhang stand mit einer Hetzrede des bayerischen Staatsministers Esser gegen den Kardinal, scheint nun auch Rom zu schärferem Vorgehen zu ermutigen. Hier haben jetzt die neuen Verhandlungen mit Deutschland, vertreten von Ministerialdirektor Buttmann, begonnen. Die Sprecher des Heiligen Stuhles legten eine ganze Reihe von Fällen vor, die eine Verletzung des Konkordats darstellten. Mit jedem Tage werde die Sachlage bedenklicher. Die Vertreter des Papstes verlangten gleichzeitig Zusatztexte in präziserer Form, weil sie sich auf bloße Versprechungen nicht mehr verlassen wollen.

*

Die Schüsse gegen das Palais des Kardinals Faulhaber werden von der gleichgeschalteten Presse bagatellisiert. Kaum, daß man den Vorfall überhaupt erwähnte. Ein Kommentar wagten nicht einmal die katholischen Zeitungen, um so stärker wurde der Vorfall von der ausländischen Presse beachtet. So schreibt die „Baseler Nationalzeitung" Nr. 61: „Der Kardinal schweigt" und es ist Schweigen in Deutschland über diese Tat. Aber diese Schüsse haben ihr Echo in Rom gefunden . . . Der Katholizismus kann diesen Kampf nicht mit Pistolen und Bomben führen, aber die Kirche hat eine andere Waffe, die, da sie im Gegensatz zu vergangenen Zeiten, selten gebraucht wurde, eine nahezu mythische Kraft besitzt: Das Interdikt des Papstes. Man wird sagen, der Attentäter sei ein Provokateur. Möglich, aber jene 2000 Menschen, die sich in jener Novembernacht des Jahres 1933 zu einer Demonstration gegen den Kirchenfürsten vor seinem Palais zusammenrotteten, waren keine Provokateure. Die Schüsse, welche in einer der nächsten Nächte fielen, muten an wie eine Fortsetzung jener Demonstration."

Mainz

Inzwischen gehen Kampf und Hetze gegen den Katholizismus und seine Institutionen weiter. Man erfährt jetzt auch Näheres über die Demonstrationen gegen den Bischof von Mainz. SA.-Horden zogen vor das bischöfliche Palais am Bischofsplatz und verlangten Beseitigung und Verhaftung des Bischofs. Bekanntlich war der Mainzer Bischof einer der ersten, die in den vergangenen Jahren die Zugehörigkeit zur NSDAP. als unvereinbar mit den Grundlagen der katholischen Kirche bezeichneten und Nazimitglieder nicht zu den Sakramenten zuließen. Diese Haltung hat man dem Bischof bis heute nicht vergessen. Die Hetze gegen ihn wird geschürt durch den Gauleiter und Statthalter Sprenger, der die Zuschüsse an die katholische Kirche sperrte, so daß der Klerus bis jetzt kein Januargehalt bekommen hat. Gleichzeitig werden die katholischen und pädagogischen Einrichtungen systematisch wirtschaftlich boykottiert und erwägen bereits ihre Schließung.

Sorgenvoller Hirtenbrief

Der Bischof von Trier gegen die Verhetzung der katholischen Jugendvereine

Bischof Dr. Bornewasser von Trier hat zum Abschluß des Heiligen Jahres einen Hirtenbrief an seine Gläubigen erlassen, worin er ausführlich auf die großen Sorgen der Gegenwart zu sprechen kommt. Große Sorge hat der Bischof um die katholischen Jugendvereine.

„Trotzdem die ernsten Verhandlungen zwischen Kirche und Reich noch fortdauern, um einen für beide Teile gangbaren Weg zur praktischen Ausführung des Reichskonkordates zu finden, unternehmen in letzter Zeit einzelne **Blätter, Zeitschriften und Plakate einen unseinen Kampf gegen die katholischen Jugendvereine.** Ich bedaure tief diesen Kampf aus Liebe zu unserem teuren Vaterlande, bedaure ihn auch aus Interesse an der Autorität der deutschen Reichsregierung, die sich doch ernstlich bemüht, eine friedliche Lösung dieser Frage zu finden."

Große Sorgen machen dem Bischof die Gefahren, die der Feier des Sonntags in echt christlichem Sinne drohen. Der Sonntagsgottesdienst ist für die Mitglieder der Jugendorganisation konkordatsmäßig geschützt. Gemeinschaftsgottesdienste verschiedener Konfessionen sind verboten. Aber der ganze Sonntag ist Tag des Herrn, und die Feier des Sonntags ist Gradmesser für die Gottesfrucht eines Volkes und Gesundbrunnen für das Familienleben. Gegenüber der heute im Vordergrund stehenden Pflege von Rasse und Blut hat die Kirche nichts einzuwenden, „solange dies nicht dem Naturgesetz und dem göttlichen Rechte widerspricht. Auch muß der Mensch sich vor der Auffassung hüten, die Rasse, in der er selber geboren ist, für die höchste und einzig wahre kulturschaffende anzusehen. Aber noch vor etwas anderem möchte ich vom christlichen Standpunkt aus warnen.

Rasse und Blut sind nicht das letzte und höchste im Leben des Menschen.

Das höchste und letzte im Menschenleben ist die Pflege seiner Seele, der von Gott ihm gegebenen und zu Gott wieder hinstrebenden unsterblichen Menschenseele."

Dieser Hirtenbrief wurde am vergangenen Sonntag von allen Kanzeln der Diözese Trier und somit auch im Saargebiet verlesen.

Hetze gegen Brüning

Kein Katholikenführer wird verschont

Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning hat sich seit der Gründung des „dritten Reiches" durch Hitler und van der Lubbe politisch nicht mehr betätigt. Er hatte sich in ein katholisches Krankenhaus zurückgezogen, wo er aber nicht bleiben konnte, weil mehrere nationalsozialistische Assistenzärzte ultimativ die Entfernung des „Landesverräters" forderten. Er lebt jetzt irgendwo ganz zurückgezogen im „dritten Reich".

Gegen diesen Privatmann legt einer der höchsten Beamten Preußens, der Oberpräsident der Marken Kube in der nationalsozialistischen Presse wie folgt los:

Unser Führer übernahm ein in Grund und Boden gewirtschaftetes Reich, als er am 30. Januar 1933 mit eisernen Fäusten die Zügel der deutschen Staatsführung ergriff. Dabei hatte ihm der niederträchtige Haß des Brüning durch verantwortungslose Hetzreden besonders am Rundfunk das Mißtrauen, ja die Feindschaft und den Haß fast der ganzen Welt erweckt. Der Zentrumsmann Dr. **Brüning gehörte noch heute vor ein Gericht für sein SA.-Verbot vom 13. April 1932 und für seine unerhört schamlose Hetze gegen den Nationalsozialismus von 1930 bis 1932.** Fast die ganze Welt glaubte auf Grund der demagogischen Zweck- und Hetzreden Brünings in Adolf Hitler einen leichtfertigen Abenteurer und einen blutigen Kriegshetzer sehen zu müssen. **Aus innerpolitischem Haß heraus hat Brüning die Stimmung der Welt gegen Adolf Hitler und den Nationalsozialismus aufgepeitscht, nicht etwa sinnlos-impulsiv, sondern mit dem kaltberechnenden Vernichtungswillen eines Menschen, der sich am 13. April 1932 bereit zeigte, der Henker des nationalen Deutschlands zu werden.** Denn wenn der Zentrums- und Judasstreich vom 13. April 1932 überhaupt einen politischen Sinn hatte, dann doch nur den, das nationalsozialistische Deutschland in die Maschinengewehre der Verbrecherrepublik von Weimar zu treiben, den 9. November 1923 im größten Ausmaße zu wiederholen. **An der unzerstörbaren inneren Disziplin unserer SA. scheiterte der Satansplan der Brüning und Gröner!** Daß beide unbehelligt im „dritten Reiche" leben dürfen, zeigt erneut die beispiellose eiserne Disziplin der Nationalsozialisten.

Der Wink an die Justiz und die SA. ist deutlich.

Terror über der Kirche

Karlsruhe, 6. Febr. Das Badische Geheime Staatspolizeiamt hat den kath. Pfarrer Dr. Johannes Knebel, Ehrendomherr in Kiechlingsbergen am Kaiserstuhl, wegen Schmähung Hitlers verwarnt.

*

Weimar, 6. Febr. Eine Anzahl thüringischer Pfarrer ist vom Landeskirchenrat mit Ordnungsstrafen belegt worden, weil sie von der Kanzel die gegen den Reichsbischof gerichtete Erklärung des Pfarrernotbundes verlesen hatten.

*

Dresden, 6. Febr. Die Polizei hat mehrere Dresdener Pfarrer verhaftet, die Flugblätter des Pfarrernotbundes verteilt hatten.

General von Horn

Tod des abgesetzten Präsidenten des Kyffhäuserbundes

Aus Berlin wird gemeldet:

General der Artillerie a. D. v. Horn ist am Sonntagabend nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Operation gestorben.

*

„An den Folgen einer Operation . . ."

Auffallend ist, daß der Tod des alten Generals wenige Tage nach seinem Sturz als Präsident des Kyffhäuserbundes und seiner Ersetzung durch einen Nationalsozialisten erfolgt. Dieses Manöver der Nazis scheint ihm nicht gut bekommen zu sein.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat zum Tode seines alten Kameraden Beileid telegraphiert. Die Depesche dürfte mit Hindenburgs Wahlspruch geschlossen haben: „Die Treue ist das Mark der Ehre!"

Nach einer Havasmeldung aus Oran ist in der Nähe von Sebachur die Lehmhütte einer eingeborenen Familie infolge starker Regengüsse eingestürzt. Die siebenköpfige Familie fand unter den Trümmern den Tod.

Wie aus Madrid gemeldet wird, dauert in ganz Spanien die Kälte an. Der Schnellzug Madrid—Santander ist seit vergangenen Donnerstag durch starke Schneefälle bei Reinosa blockiert.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Wie wir hören, findet im März der erste Examenstermin an der Pariser Rechtsfakultät statt, an dem sich deutsche Juristen mit Assessor- und Doktorexamen beteiligen können.

*

Dem Vernehmen nach werden im Louvre deutsche Führungen abgehalten. Die Kunsthistorikerin Frau Sabine Gowa-Spiero veranstaltet jeden Dienstag 2.30 Uhr Führungen in deutscher Sprache mit Vorträgen. Die Teilnahme kostet 10 Franken, die in die Kasse des Louvre gehen.

*

Georg Bernhard spricht am Montag, dem 12. Februar, in der Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Journalisten in der Emigration, in der auch der Vorstand gewählt wird, über die Lage der journalistischen Flüchtlinge und die Fédération Internationale des Journalistes.

*

Für Mitte Februar wird in Paris die Operetten-Novität „Wien—Paris" vorbereitet, deren Musik von dem früher in Berlin erfolgreichen Komponistenpaar Marbont-Reisfeld stammt.

*

Wie verlautet, werden die Außenaufnahmen des Hollywooder „Napoléon"-Films nach dem Buche von Emil Ludwig demnächst in Paris an den historischen Napoléon-Orten gedreht werden. Der Engländer Eward G. Robinson spielt die Rolle des Kaisers. Frank Borzage führt die Regie.

Vorfrühling in Paris

Es weht ein seltsamer Wind durch den Tuilerien-Garten. Die Primeln richten sich bald auf, es riecht nach Frühling. Die Tische und die Stühle werden zusammengestellt. Die Erde atmet nach baldigen Veilchen, es ist, als ob einer der unsichtbaren Grabbeschen Grenadiere sagte: „Veilchenvater kommt auch wieder."

Wenig Karneval. Die großen Meister, der König von Schweden und der Bücherking Rudyard Kipling und andere sind in Cannes, wo der Rosenmontag in Geld und Glück fließt. Auch in Bayonne, der Stadt des Mißvergnügens, laufen bunte baskische Narren über die Confettistraßen, und die Eisenbahn hat einen Extrazug zum Kavaliersport im Hochgebirge eingelegt. In Nizza erst recht blüht der Faschingskorso der reichen Leute, Liebe und Grandezza reichen einander die Hand an der Stelle, an der ehemals die Witwe Stavisky mit ihrem berühmt schönen Wagen den Strand des Golfstromes mit den Palmen und Oliven entlang fuhr.

In Paris, wie gesagt, ist der Mummenschanz bis zum Mardi gras, dem 13. in diesem sensationellen Monat, sehr wenig sichtbar. Es gibt wohl zahlreiche „Bals de Nuit", auch die Stadt und die Sicherheit, beide ihres Chefs beraubt, veranstalten einen, aber in die Oeffentlichkeit dringt das wenig, und die in Köln oder München gewohnten Früh-Paare mit dem troddeligen Zuckerhut auf dem Kopf, so was sucht man in dieser Stadt der Economie vergebens.

Dennoch zuckt es in Paris. Es zuckt einstweilen nur in der Peripherie der Boulevards, wo einzelne Studenten mit einigem Lärm gegen die Bäume anrückten. Es zuckt im Theater, wo das beste Bürgerpublikum Frankreichs im „Coriolan" seinen Emile Fabre ruft und gegen den Nachfolger Thomé als einen Regierungsschnitzer protestiert. Es zuckt in den Droschkenmotoren, die in den Garagen stehen, um in dieser Ballsaison gegen die Sondersteuer der Chauffeure zu demonstrieren. Es zuckt auch sonst allerhand, in der patriotischen Jugend und in den Kämpferverbänden und sonstwo, und wenn nicht alles täuscht, bleibt es nicht bei der Primel und beim Benzin allein.

Chiappe, den der „Populaire" ständig nach der Art eines Westentaschendiktators „Petit-Chiappe" nannte, das war immerhin ein einprägsamer Name, und Renard, der Seine-Präfekt auch, denn der Name heißt auf Deutsch Reineke Fuchs etwa, nach der alten Tierfabel der Paladine von Goethe. Man mag vieles preisen, was geschehen ist, aber das eine steht fest, daß die neuen Namen: Villey-Desmeseretz als Stadtoberhaupt im Rathaus zu Paris und Bonnefoy-Sibour im Polizeipräsidium vor dem Blumenmarkt zu Paris, der jetzt Louis-Lépine-Platz heißt, viel weniger einprägsam sind.

Kurzum, es weht ein Frühlingswind durch Paris, und wenn nicht alles täuscht, bleibt es nicht bei dem Coriolan und der Primel.

Baptist.

Mosse-Anstrengungen in Paris

Wie wir hören, macht der gleichgeschaltete Mosse-Verlag die größten Anstrengungen, um seinen gelichteten Abonnentenstand im Auslande zu halten. Einer deutschen Familie in Frankreich, die das Blatt abbestellt hatte, ließ man die jetzt hitlersche Lektüre zwei Monate lang umsonst zugehen. In dieser Zeit teilte der Verlag auch mit, er werde eine deutsch-französische Beilage herausgeben und sich erlauben, 50 Exemplare zur Verteilung in Bekanntenkreisen der geschätzten Adresse zugehen zu lassen. Das erlaubte er sich dann allerdings nicht, wahrscheinlich, weil man höheren Orts in dieser deutsch-französischen Nummer ein Haar gefunden hatte oder auch, weil die Gelder des Blattes nicht mehr reichten.

Nach Ablauf der Gratiszeit machte der Verlag das Angebot, das Blatt weiter zum Studentenpreise, das heißt zu drei Mark den Monat liefern zu wollen. Man sieht, wie wunderbar weit es die Presse des „herrlich Hermannslands" unter der Zeitungsdiktatur des häufig als „Genie" betrachteten Josef Göbbels gebracht hat.

Moritz Rosenthal in Paris

Die deutsche Kommission des „Comité national de Secours aux Refugiés allemands Victimes de l'Antisemitismus" plant eine Reihe von Wohltätigkeitsveranstaltungen. Für den 15. Februar ist im Salle Gaveau ein Musikabend mit dem berühmten Pianisten Moritz Rosenthal geplant. Der große Virtuose ist soeben von einem glanzvollen Tournée in Amerika und England zurückgekehrt und hat sich einverstanden erklärt, seine hohe Kunst in den Dienst der guten Sache zu stellen. Er ist in Paris seit Jahren nicht mehr gehört worden und dieser Abend, der von den Herren A. und M. Dandelot vorbereitet wurde, wird sicher bei allen Musikliebenden lebhaften Beifall finden

Tél. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten. Röntgen. Diathermie. Elektrotherapie. Spezialbehandlung bei Blut-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude. Kleine, mittlere und große Chirurgie. Die allermodernste Einrichtung

c) Geburtshilfliche Klinik Vierstöckiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten. 3 Aerzte, 3 Hebammen und 2 Operationssäle.

d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie. Gold- und Porzellankronen, -Brücken. Kautschuk-Arbeiten

Ordination täglich von 9—12 und 2—8; Sonntags und Feiertags von 10—12 und 2—4 Uhr

Fabrikgebäude Bahnhof Luxemburg

NEUBAU 1200 qm. Helle Ateliers im ganzen oder geteilt zu vermieten. Geeignet zu jedw. Fabrikation evtl. Beteiligung, Handelsvermächtigung sicher. Schriftliche Anfragen an die „Deutsche Freiheit" Saarbrücken unter Nr. 369

Doktor Wachtel und Doktor Axel

Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen
123, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9—12 u. 2—8 Uhr; Sonntags vormittags
Nase, Hals, Ohren:
Sprechstunden täglich von 5 — 7 Uhr.

Dr. Spécialiste

96, rue de Rivoli — Métro: Chatelet
RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden. Elektrizität. Impfungsverfahren. Trypaße vine Einspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen. Spermakultur. Salvarsan. Wismut usw.
Sprechstunden täglich von 10—12 und von 4—8 Uhr. Sonntags von 9—12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.
Man spricht deutsch

Damenschneider J. Mastchenko

7, Rue du Marché St. Honoré. Tel. Opéra 72-79
Kleider, Mäntel, Umarbeitung, Reparierung

Suche stillen oder tätigen
TEILHABER (IN)
mit 20 000 Fr. Zuschriften an Publ. Metal. 51, rue Turbigo, Paris, unter Nr. 422

Förderung des Fremdenverkehrs in Frankreich

Der Touring-Club de France, die bedeutendste Organisation Frankreichs zur Förderung des Tourismus, hat für 1934 wiederum eine Reihe Wettbewerbe ausgeschrieben.

Der erste ist der internationale Schneepflugwettbewerb, vom 28. Februar bis 5. März, für den 140 000 Franken an Preisen ausgesetzt sind. Die Beteiligung steht Herstellern aller Länder offen. Erprobt werden in diesem Concours Schneepflüge von 90 Zentimeter und Turbinenapparate von 2 Meter. Zu Pfingsten findet in Paris, voraussichtlich im Walde von St. Cloud, ein internationaler Camping-Kongreß statt, der mit einer Ausstellung verbunden ist. Vom 8. bis 15. Juli wird auf der Bergstraße Bayonne—Carcassone ein, ebenfalls internationaler, Fahrradwettbewerb abgehalten, bei dem die Geschwindigkeit der einzelnen Etappen gewechselt werden muß. Die Konstrukteure entsenden hierzu Mannschaften von je drei Fahrern, die durchweg Tourenfahrräder vorführen.

Außerdem werden von den einzelnen Komitees des Touring-Club diese Wettbewerbe durchgeführt: Das beste Reisebuch. Der Bahnhof in Blumenschmuck. Das schmucke Dorf (für Gemeinden unter 1500 Einwohnern). Das gutgehaltene Postbüro. Die gute Küche. Das nette kleine Gasthaus. Diese Konkurrenzen wandern alljährlich durch Frankreich, so daß in jedem Jahre zwei andere Departemants an die Reihe kommen. Für jeden Wettbewerb stehen etwa 50 000 Franken zur Verfügung, die unter die Preisträger verteilt werden.

BRIEFKASTEN

Abonnent, Haag. Die 5. Ziehung der französischen Staatslotterie hat am 30. Januar stattgefunden.

H. C., Stafford. Leider haben wir nichts erhalten. Um was für Arbeiten handelt es sich?

Pauchen, Straßburg. Ihr hübscher Scherz ist nicht so originell, daß er zum Abdruck in Betracht käme, aber Dank für Ihr Interesse.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pitz in Dudweiler; für Inserate: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH., Saarbrücken 3, Schützenstraße 5.

Pariser Theaterbrief

Bourdet: „Die schweren Zeiten" — Ein Buch über das deutsche Theater

Unter die gewiegtesten französischen Theatermänner unserer Tage gehört ohne Zweifel der produktive Edouard Bourdet, dessen Stücke seit Jahren im „Théatre de la Michodière" ihre Uraufführungen finden.

Bourdet ist durch „Die Gefangene" in der Welt bekannt geworden, das viel gespielte und noch öfter verbotene Werk, dessen tragische Verwicklung aus der Liebe zwischen zwei Frauen entspringt. „Soeben erschienen", ein Bild der Verlegersitten und des Literaturpreisunwesens, „Das schwache Geschlecht" und „Die Erbsenblüte", zwei reichlich dick aufgetragene Ausschnitte aus dem Leben der Pariser Gesellschaft, aus denen sehr falsche generelle Rückschlüsse auf die Moral der Franzosen gezogen werden konnten, hatten während der letzten Jahren mit wechselndem Erfolge das Rampenlicht erblickt; jetzt zeigt uns der Autor in einem Vierakter, den er „Die schweren Zeiten" („Les Temps Difficiles") benannt hat, den materiellen Verfall einer unsparsam gewordenen französischen Bourgeoisie, und eine der besten Aufführungen, die Paris seit Jahren gesehen hat, stützt ihn in seinen Intentionen, die er selbst mit „Schilderung und Unterhaltung" jüngst umschrieben hat.

Wenn „Schilderung und Unterhaltung" tatsächlich als höchste Aufgabe des Bühnendichters betrachtet werden könnten, so stände Bourdet ganz ohne Zweifel an einer sehr hervorragenden Stelle. Seine Kunst besteht in einer virtuosen Handhabung alles dessen, was zum „Métier" gehört, und ein verblüffender Aktualitätssinn gestattet ihm, jeweilig gerade die Milieux auf die Bühne zu bringen, mit denen sich das Publikumsinteresse besonders beschäftigt. Wo er jedoch die Grenzen einer fotografischen Wiedergabe zu überschreiten und seine Figuren psychologisch zu vertiefen sucht — und welcher begabte Dramatiker vermöchte einer solchen Neigung stets zu widerstehen? — verliert Bourdet seine verblüffende Sicherheit und erliegt gelegentlich sogar recht kitschigen Anwandlungen, wie sie zum Beispiel den Schlußakt seines letzten Werkes ernstlich beeinträchtigt haben.

*

Das dramatische Schaffen Bourdets ist die raffinierte, „zeitgemäße" Fortsetzung des typischen Pariser Gesellschaftsstücks, das in Zentral- und Osteuropa, durch unsachkundige Verallgemeinerung, als A und O der französischen Bühnendichtkunst gegolten hat, obwohl man in Deutschland über das Theater Frankreichs im allgemeinen noch weit besser unterrichtet war, als die Franzosen über das Theater Deutschlands.

Aus diesem Grunde ist das Erscheinen eines sachkundigen Buches zu begrüßen, das eben durch René Lauret über „Das deutsche Theater von heute" im Verlage Gallimard publiziert worden ist. Lauret, der von 1924 bis 1933 als Theaterberichterstatter französischer Blätter in Berlin tätig war, gibt in seinem Bande eine urteilsvolle Uebersicht über das deutsche Bühnenleben der letzten Jahrzehnte, über die Entwicklung vom Naturalismus bis zum Zeitstück, von Ernst von Meiningen bis Erwin Piscator. Lauret ist sich selbst darüber klar und gesteht es im Vorwort seines Buches zu, daß dieses vielleicht und wahrscheinlich „Das deutsche Theater von gestern" hätte heißen sollen, denn er ist weit davon entfernt, einem durch Göbbels und Hinkler inspirierten deutschen Bühnenleben Kreditvorschüsse zu gewähren; deshalb bleibt seine Arbeit aber dennoch eine wertvolle Ergänzung zu Félix Berteaux' vorzüglichem „Panorama de la Littérature Allemande Contemporaine", das, neben der deutschen Literaturgeschichte in spanischer Sprache des unvergeßlichen Albert Hass, eines der wertvollsten fremdsprachigen Dokumente über deutsches Geistesleben bedeutet.

Selbst wenn man Lauret im Detail einige Flüchtigkeiten nachweisen wollte und etwa zu behaupten wagte, daß er Carl Sternheim überschätzt und u. a. Unruh und Zuckmayer zu oberflächlich gewürdigt hat, daß er dem kritischen Wirken Maximilian Hardens und Siegfried Jacobsohns neben dem Alfred Kerrs einen zu bescheidenen Platz anweist, daß er das Schaffen Berthold Viertels ignoriert hat und überhaupt das ganze deutsche Bühnenleben zu ausschließlich durch die Berliner Brille betrachtet; und wenn man selbst hier zu dem Anstande neigte, daß gewisse Fakten von kapitaler Bedeutung wie die Aufführung des „Danton" von Romain Rolland im Großen Schauspielhause Reinhardts zugunsten weit unwichtigerer Dinge ausgelassen worden sind, so wird sein Buch doch dazu beitragen können, in Frankreich einen tiefen Eindruck von dem Theaterleben des vorhitlerischen Deutschland hervorzurufen und damit in gleicher Weise die germanischen Kulturfanfaren des Herrn Göbbels und das unqualifizierte Pariser Wirken gewisser emigrierter Außenseiter in das gebührende Licht zu rücken.

Hans-Adalbert v. Maltzahn.

Berufsumschichtung

Unser Siedlungswerk hat auf der von uns erworbenen Domäne „La Grande Canau" 300 ha groß an der Gironde bei Bordeaux begonnen. Siedlungen jeder Art und Größe. Ausbildung von Siedlern und Praktikanten in allen landwirtschaftlichen, gärtnerischen und handwerklichen Fächern und der Hauswirtschaft durch erste deutsche und französische Fachleute.

Prospekte auf Wunsch durch uns oder unser Pariser Büro.

Unser Pariser Büro gibt Interessenten alle näheren Auskünfte.

Sprechstunden: täglich außer Samstag und Sonntag von 15 bis 17 Uhr

Paris (16e), 113 bis, RUE DE LA TOUR,
1. Stock links. TELEFON NUMMER: Troc. 60-66

E-G-A

Exploitations Générales Agricoles S. A „LA GRANDE CANAU"
ST-VIVIEN-MEDOC (Depart. Gironde)

PARIS-ETOILE
6, RUE D'ARMAILLE
CHEZ KORNILOFF
Berühmt durch seine vortreffliche Küche u. seine Spezialitäten. Stark besucht von deutschen Gästen
Téléphone Etoile 52-49

Feinste jüdische Selchwaren- und Wiener Bäckerei-Geschäfte Paris
58, AVENUE WAGRAM, Tel. Carnot 27-63
58, RUE DE PASSY, Tel. Auteuil 33-61

Mit 12 000 Fr. gar. **monatlich 2 000 Fr.** ohne Risiko. Nur ernsthafte Anfr. an Publ. Metal. Paris, 51, rue Turbigo, Nr. 425

Porte Champerret
Hotel Grill-Room Berthier
173, Bd. Berthier, tél. Carnot 72-47. Möblierte Wohnungen. Aller Komfort. Badezimmer. Küche usw. Monatlich und wöchentlich. Nach Wunsch Pension. Mäßige Preise. Métro Champerret. Aut. 5 C. B. 9- bis. CA. BY. 53 X.

EXISTENZ in Brüssel
Kleines gutgehendes GESCHÄFT auf der Hauptstraße RUE NEUVE mit oder ohne Ware umständehalber billig abzutreten.
Eilangebote an: „Deutsche Freiheit" BRUXELLES, 38, rue d'Edimbourg

Pelze-Kramer
97, Grand'rue, nur I. Stock
STRASBOURG
Grosse Auswahl in Pelzkragen ab 25 Fr., Pelzjaquettes ab 175 Fr., Pelzmäntel ab 385 Fr., Iscob.- und Skunksfüchse ab 150 Fr., Skunks-Colliers und Echarpes ab 200 Fr. Reparatur. 50% Ersparnisse 1431